



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

Anwendbarkeit der Allgemeinen Einkaufs- und Auftragsbedingungen

Diese Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen (nachfolgend „**Bedingungen**“ genannt) gelten für sämtliche auf die Beschaffung von Lieferungen und Leistungen gerichteten Bestellungen der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sowie der mit der Deutsche Bank Aktiengesellschaft verbundenen Unternehmen (nachfolgend für alle einheitlich „**Auftraggeber**“ genannt). Diese Bedingungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer ein Unternehmer, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist (nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt). Die Bedingungen gliedern sich in einen Allgemeinen Teil A, einen Besonderen Teil B und einen Teil C (Besondere rechtliche Anforderungen – Jurisdiktionen). **Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auftragnehmer finden keine Anwendung**, auch wenn in den Angeboten oder kaufmännischen Bestätigungsschreiben oder sonstigen Unterlagen der Auftragnehmer auf sie Bezug genommen wird. Die Annahme von Angeboten der Auftragnehmer, von Lieferungen und Leistungen bzw. deren Bezahlung stellt keine Zustimmung zu allgemeinen Geschäftsbedingungen der Auftragnehmer dar. **Abweichende Individualvereinbarungen zwischen den Parteien haben Vorrang vor diesen Bedingungen.**

A. Allgemeiner Teil

1 Bestellungen, Regelungshierarchie, Änderungsverfahren

- 1.1. Auf Grundlage dieser Bedingungen wird der Auftraggeber den Auftragnehmer in Form von Bestellungen mit Lieferungen und/oder Leistungen beauftragen. Die Bestellung kann in Schriftform oder in Textform erfolgen. Bestellungen die über das elektronische Einkaufs- und Bestellsystem des Auftraggebers erfolgen, sind ebenfalls rechtsgültig.
- 1.2. Geht innerhalb angemessener Zeit, spätestens nach sieben (7) Werktagen nach Übermittlung der Bestellung, keine ausdrückliche Ablehnung der Bestellung durch den Auftragnehmer bei dem Auftraggeber ein, gilt das Schweigen des Auftragnehmers als unveränderte Annahme der Bestellung. Spätestens jedoch mit Beginn der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer gilt die Annahme unter Einbeziehung der Inhalte und Bedingungen der Bestellung durch den Auftragnehmer als erklärt.
- 1.3. Sofern eine konkrete Leistung höchstbegrenzt auf ein bestimmtes Volumen/Kontingent (nachfolgend „Gesamtleistungsumfang“ genannt) bestellt wird, hat der Auftragnehmer keinen Anspruch darauf, dass der vereinbarte Gesamtleistungsumfang vom Auftraggeber tatsächlich ausgeschöpft wird.
- 1.4. Weicht eine eventuelle Auftragsbestätigung des Auftragnehmers von der Bestellung ab, so entsteht lediglich bei Zustimmung des Auftraggebers eine vertragliche Bindung. Die Zustimmung hat auf dem Wege zu erfolgen, auf dem die Bestellung aufgegeben wurde. Ein eventuelles kaufmännisches Bestätigungsschreiben sowohl des Auftragnehmers als auch des Auftraggebers entfaltet keine Wirkung.
- 1.5. Grundlage der Zusammenarbeit der Parteien bilden in der nachstehenden Rangfolge:

- der Text der Bestellung (exklusive dem Angebot des Auftragnehmers);
- die jeweils einschlägigen besonderen rechtliche Anforderungen – Jurisdiktionen Teil C,
- die jeweils einschlägigen Bedingungen des Besonderen Teil B;
- die Bedingungen des Allgemeinen Teil A;
- das Angebot des Auftragnehmers bezogen auf den fachlichen Inhalt;
- die jeweils einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

Bei Widersprüchen zwischen Regelung derselben Hierarchieebene kommt die speziellere Regelung zur Anwendung.

- 1.6. Sofern der Auftraggeber ein Änderungsverlangen stellt, wird dies schriftlich erfolgen und ausreichende Informationen enthalten, um dem Auftragnehmer die Möglichkeit zu geben, das Änderungsverlangen zu bewerten. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unverzüglich ein Realisierungsangebot unter Berücksichtigung des Änderungsverlangens aus seiner Sicht unter Angabe der Änderung von Leistungszeiten, geplanten Terminen und Auswirkungen auf die Kosten zu unterbreiten. Ein Änderungsverlangen wird verbindlich, wenn die Parteien die Änderung und deren Auswirkung auf die Vergütung schriftlich vereinbaren. Der Auftragnehmer wird Änderungsverlangen des Auftraggebers nur aus sachlichem Grund ablehnen.

2. Vertragsdauer, ordentliche Kündigung

- 2.1. Vorbehaltlich abweichender Individualvereinbarungen der Parteien und der Regelungen in den jeweils einschlägigen Bedingungen des Besonderen Teil B, Abschnitte I. bis III., schließen die Parteien im Falle von Dauerschuldverhältnissen einen zeitlich unbefristeten Vertrag. Die Parteien haben das Recht, den Vertrag jederzeit mit einer Frist von 3 Monaten zum jeweiligen Monatsende ordentlich zu kündigen. Kündigt der Auftragnehmer, wird er im Rahmen der Zumutbarkeit bei der Überleitung der Leistungen auf einen Folgeanbieter unterstützen.

- 2.2. Die Kündigung bedarf der Schriftform, Textform reicht nicht aus (vergleiche Ziffer 21.3).

3. Recht zur außerordentlichen Kündigung

- 3.1. Dem Auftraggeber steht neben den gesetzlichen Regelungen zur Kündigung von Dauerschuldverhältnissen ein Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund zu. Neben den in diesen Bedingungen genannten Fällen AT Ziffer 17.2, 18.9, BT I 12.9, 13.8, BT II 4.2.2. liegt ein wichtiger Grund insbesondere dann vor, wenn:
 - der Auftragnehmer – trotz Abmahnung durch den Auftraggeber – seine Leistungen nicht in der vereinbarten oder branchenüblichen Qualität erbringt und das Festhalten an dem Vertrag für den Auftraggeber hierdurch unzumutbar wird. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Auftragnehmer mit der Lieferung/Leistung in Verzug ist und eine angemessene Nachfrist des Auftraggebers zur Erfüllung fruchtlos verstreichen lässt.



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- der Auftragnehmer seine Lieferungen/ Leistungen einstellt oder sich die finanzielle Situation des Auftragnehmers gravierend verschlechtert, so dass der Auftraggeber Anlass hat, an der finanziellen Stabilität des Auftraggebers im Hinblick auf dessen Fähigkeit zur Lieferung und Leistungserbringung zu zweifeln.
- 3.2. Die Kündigung bedarf der Schriftform, Textform reicht nicht aus (vgl. Ziffer 21.3).
- 4. Liefer- und Leistungstermine, Erfüllung von Aufstell- und Montageleistungen, Verzug**
- 4.1. Vereinbarte Lieferungs- und Leistungstermine und -fristen sind verbindlich. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit der Lieferung oder Leistung ist der Eingang der jeweils bestellten Lieferungen und Leistungen an der vereinbarten Empfangsstelle (vgl. Ziffer 20.1) (; für Lieferungen mit Aufstell- und Montageleistungen sowie für Werke und sonstige Leistungen kommt es auf die mangelfreie Herstellung an.
- 4.2. Im Falle des Verzugs finden die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung, soweit sich aus den nachstehenden Bestimmungen nichts Abweichendes ergibt:
- 4.2.1. Sofern der Auftragnehmer Liefer- und Ausführungstermine/-fristen nicht einhält und dies zu vertreten hat, kommt er ohne Mahnung unmittelbar in Verzug.
- 4.2.2. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich von absehbaren Liefer- und Leistungsverzögerungen unter Angabe von Gründen und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung in Kenntnis zu setzen.
- 4.2.3. Die vorbehaltlose Annahme der verspäteten Lieferung/Leistung stellt keinen Verzicht auf die dem Auftraggeber zustehenden gesetzlichen Ansprüche dar.
- 4.2.4. Zu vorzeitigen Lieferungen, Leistungen sowie nicht vertraglich vereinbarten Teillieferungen/-leistungen ist der Auftragnehmer nur mit Zustimmung des Auftraggebers berechtigt.
- 5. Liefervereinbarungen**
- 5.1. Soweit die Parteien die Lieferung von Waren vereinbart haben, gelten die Bestimmungen dieser Ziffer 5.
- 5.2. Die Lieferung hat, soweit nichts Abweichendes schriftlich vereinbart ist, geliefert und verzollt an den in der Bestellung angegebenen Bestimmungsort (Gebäude, Etage, Raum etc.) zu erfolgen. Die Lieferung erfolgt frei Haus. Die Gefahr geht, auch wenn Versendung vereinbart ist, erst auf den Auftraggeber oder Empfangsbevollmächtigten über, wenn diesem die Ware an dem vereinbarten Bestimmungsort übergeben wird.
- 5.3. Ist der Auftragnehmer neben der Lieferung auch zur Aufstellung, Montage, Installation oder sonstigen Werkleistungen verpflichtet, so geht die Gefahr erst mit Abnahme dieser Leistungen über.
- Soweit nichts Abweichendes vereinbart ist, erfolgt die Abnahme nach Fertigstellung des Werkes durch Gegenzeichnung auf einem Abnahmeprotokoll.
- 5.4. Das Eigentum an der gelieferten Ware geht spätestens mit Bezahlung auf den Auftraggeber über.
- 5.5. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, jeder Lieferung einen Lieferschein beizufügen, der die Lieferung mit folgenden Informationen des Auftraggebers bezeichnet:
- Bestellnummer (Purchase Order number (PO number)),
 - Bestellposition,
 - Liefergegenstand,
 - die beauftragende Stelle beim Auftraggeber,
 - Datum der Bestellung,
 - Lieferscheindatum,
 - Lieferanschrift,
 - Kostenstelle des Auftraggebers gemäß Bestellung,
 - Angaben über Art und Umfang der Lieferung sowie in der Bestellung vermerkte Material- und Positionsnummer,
 - Versandart (ggf. Leihverpackung).
- 5.6. Die etwaige Unterzeichnung eines Lieferscheines bestätigt nur die räumliche Verbringung der Ware in den Machtbereich des Auftraggebers, nicht aber deren Vollständigkeit oder Mangelfreiheit.
- 6. Pflicht zur persönlichen Leistungserbringung, Subunternehmer**
- 6.1. Der Auftragnehmer ist nur mit ausdrücklicher vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, die von ihm zu erbringenden Lieferungen oder Leistungen ganz oder teilweise an Subunternehmer zu vergeben. Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber gegenüber für die ordnungsgemäße Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen, einschließlich der vom Auftraggeber autorisierten Lieferungen und Leistungen durch Subunternehmer.
- 6.2. Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftragnehmer dafür Sorge zu tragen, dass der von ihm beauftragte Subunternehmer sich seinerseits konform zu den hier festgelegten Bestimmungen, insbesondere hinsichtlich der in Ziffer 13 (Geheimhaltung, Datenschutz), Ziffer 17 (Personal, Mindestlohn, Freistellung) und Ziffer 18 (Einhaltung einschlägiger Bestimmungen und Gesetze, Umwelt- und Arbeitsschutz, Mandantenfähigkeit) enthaltenen Bestimmungen, verhält.
- 6.3. Ferner erwartet der Auftraggeber, an den Kosteneinsparungen durch die Nutzung einer niedrigeren Kostenbasis zum Beispiel durch den Einsatz von Subunternehmern zu partizipieren.
- 7. Preise, Zurückbehaltungsrechte**
- 7.1. Soweit nichts Abweichendes vereinbart ist, verstehen sich die vereinbarten Preise als Festpreise, zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Mit den vereinbarten Preisen sind – soweit nichts Abweichendes schriftlich vereinbart ist – sämtliche Kosten abgegolten, die für die Vertragserfüllung anfallen,



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- insbesondere Verpackung, Transport, Zölle, Versicherungen sowie – soweit vereinbart– Aufstellung, Montage, Installationen (Incoterm: „DDP“ – delivered duty paid).
- 7.2. Der Auftraggeber ist berechtigt, gegebenenfalls anfallende Quellensteuern/Abzugssteuern vom zu zahlenden Preis einzubehalten und für Rechnung des Auftragnehmers an den Fiskus abzuführen, sofern keine gültige Freistellungsbescheinigung des Auftragnehmers vorliegt.
- 7.3. Zurückbehaltungsrechte des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, es sei denn, seine Ansprüche sind unstreitig oder rechtskräftig festgestellt.
- 7.4. Sämtliche Rechtseinräumungen, die erforderlich sind für den Leistungsbezug unter diesen Bedingungen, sind mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.
- 8. Fälligkeit der Vergütung, Zahlungsziel, Skonto, Aufrechnung, Abtretung**
- 8.1. Die vereinbarte Zahlung an den Auftragnehmer wird fällig, wenn die Leistung vertragsgemäß erbracht sowie, falls gesetzlich vorgesehen oder vereinbart, abgenommen ist und wenn die prüffähig ausgestellte Rechnung bei derjenigen Organisationseinheit des Auftraggebers eingegangen ist, welche als Rechnungsanschrift aus der schriftlichen Bestellung, hervorgeht. Sofern keine Rechnungsanschrift vermerkt ist, gilt die bestellende Organisationseinheit als Rechnungsempfänger.
- 8.2. Teilzahlungen bzw. Abschlagszahlungen werden nicht erbracht.
- 8.3. Die Rechnung muss die nach den gesetzlichen Regelungen erforderlichen Angaben zur Ausstellung von Rechnungen enthalten (im Falle von Leistungen, die in Deutschland der Umsatzsteuer unterliegen, die Angaben gemäß § 14 ff. Umsatzsteuergesetz, (insbesondere § 14 (4) UStG)). Darüber hinaus muss die Rechnung die Bestellnummer / PO number enthalten.
- 8.4. Die auf das Entgelt anfallende Umsatzsteuer ist unter Angabe des jeweiligen Steuersatzes auszuweisen. Alternativ ist im Falle einer Steuerbefreiung darauf hinzuweisen.
- 8.5. Im Falle einer Lieferung bzw. sonstigen Leistung innerhalb der Europäischen Union muss die Rechnung zusätzlich die Umsatzsteuer-Identifikationsnummern des Auftragnehmers und des Auftraggebers sowie im Hinblick auf die Steuerfreiheit der innergemeinschaftlichen Lieferung den Hinweis: „innergemeinschaftliche Lieferung“, enthalten. Bei sonstigen Leistungen vergleiche Ziffer 8.6.
- 8.6. Im Falle von sonstigen Leistungen, die in Deutschland der Umsatzsteuer unterliegen und die von ausländischen Auftragnehmern erbracht werden, geht die Steuerschuld auf den Auftraggeber über (§ 13a, § 13b Umsatzsteuergesetz). Der Auftragnehmer darf in den Rechnungen über diese Leistungen keine deutsche Umsatzsteuer ausweisen. Er muss auf den Übergang der Steuerschuldnerschaft auf den Leistungsempfänger in der Rechnung wie folgt hinweisen: „Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers“.
- 8.7. Im Falle von Lieferungen und sonstigen Leistungen, welche von inländischen Auftragnehmern erbracht werden und die Steuerschuld wie unter Ziffer 8.6 auf den Auftraggeber übergeht (§ 13a, § 13b Umsatzsteuergesetz), ist eine Rechnung ohne Ausweis von Umsatzsteuer auszustellen, allerdings mit dem folgenden Hinweis auf den Übergang der Steuerschuldnerschaft auf den Leistungsempfänger: „Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers“.
- 8.8. Verbringt der Auftragnehmer bei der Lieferung oder Erbringung der vorgenannten Leistungen Gegenstände aus einem Drittland nach Deutschland und entstehen in diesem Zusammenhang Einfuhrumsatzsteuern, gehen diese zu Lasten des Auftragnehmers. Bei sonstigen Leistungen ist in der Rechnung auch auf die Steuerschuldnerschaft des Auftragnehmers hinzuweisen.
- 8.9. Zahlungen werden, sofern nichts Abweichendes vereinbart ist, nach Rechnungseingang entweder innerhalb von 10 Tagen unter Abzug von 2% Skonto oder ohne Abzug innerhalb von 30 Tagen vom Auftraggeber bewirkt. Die vorstehenden Zahlungsfristen verlängern sich, solange der Auftraggeber vom Auftragnehmer berechtigterweise Nacherfüllung (z.B. §§ 439, 635 BGB) verlangt und der Auftragnehmer dem nicht nachgekommen ist.
- 8.10. Der Auftragnehmer kann nur mit solchen Ansprüchen gegenüber dem Auftraggeber aufrechnen, die unstreitig bestehen oder rechtskräftig festgestellt worden sind. Der Auftragnehmer darf Forderungen gegen den Auftraggeber nur mit Zustimmung des Auftraggebers abtreten.
- 9. Gewährleistung, Selbstvornahme, Verjährungshemmung**
- 9.1. Im Fall von Mängeln der Lieferung/Leistung stehen dem Auftraggeber die gesetzlichen Rechte zu, soweit nachfolgend nichts Abweichendes vereinbart ist.
- 9.2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet Qualitätssicherungsmaßnahmen zu ergreifen, um Mängel zu verhindern und aufgetretene Mängel zu erkennen. Die Parteien sind sich vor diesem Hintergrund einig, dass die gesetzliche Untersuchungs- und Rügeobliegenheit (§ 377 des Handelsgesetzbuchs (HGB)) nur in Bezug auf offensichtliche Mängel Anwendung findet. Offensichtliche Mängel hat der Auftraggeber innerhalb von vierzehn (14) Kalendertagen nach Erhalt der Lieferung/Leistung zu rügen.
- 9.3. Der Auftraggeber hat im Falle fruchtloser Aufforderung zur Nacherfüllung nach angemessener Fristsetzung, unbeschadet seiner sonstigen gesetzlichen Befugnisse, das Recht, bestehende Mängel der gelieferten Ware selbst zu beseitigen oder von Dritten beseitigen zu lassen und vom Auftragnehmer Ersatz der erforderlichen Aufwendungen zu verlangen (nachfolgend auch „Selbstvornahmerecht“ genannt). In besonders



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- dringenden Fällen steht dem Auftraggeber das Selbstvornahmerecht auch nach entsprechend kurzer Fristsetzung oder – sofern dies im Notfall geboten ist – auch ohne vorherige Fristsetzung zu. Die Bestimmung einer Frist ist ferner auch in solchen Fällen entbehrlich, in denen der Auftraggeber nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen für seine sonstigen Mängelrechte von dem Fristsetzungserfordernis befreit ist.
- 9.4. Leistet der Auftragnehmer erst nach Ablauf einer angemessenen Nacherfüllungsfrist, jedoch vor Erklärung des Rücktritts durch den Auftraggeber, beinhaltet die etwaige Annahme der verspäteten Lieferung oder Leistung keinen Verzicht des Auftraggebers auf Schadensersatzansprüche.
- 9.5. Der Lauf der gesetzlichen Verjährungsfristen für Ansprüche des Auftraggebers wegen mangelhafter Lieferungen und Leistungen und wegen sonstiger Pflichtverletzungen wird gehemmt, sobald der Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer seine Rechte, insbesondere das Recht auf Nacherfüllung, geltend gemacht hat. Die Hemmung dauert an, bis der Auftraggeber die Leistung oder Nacherfüllung schriftlich als vertragsgemäß akzeptiert hat oder der Auftragnehmer die Erfüllung des geltend gemachten Anspruches gegenüber dem Auftraggeber endgültig verweigert. Schweigen des Auftragnehmers auf die Geltendmachung von Ansprüchen durch den Auftraggeber gilt nicht als endgültige Erfüllungsverweigerung in vorstehendem Sinne.
- 9.6. Der Auftragnehmer trägt die Kosten und Gefahr der Rücksendung von berechtigterweise als nicht vertragsgemäß beanstandeten Lieferungen, wenn er diese nicht innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist an der Empfangsstelle abholt.
- 10. Haftung**
- 10.1. Die Parteien haften einander unbeschränkt für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung beruhen. Auch für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung beruhen, haften die Parteien einander unbeschränkt.
- 10.2. Für Schäden aufgrund einfach fahrlässiger Verletzung solcher Pflichten, die für die angemessene und einwandfreie Vertragsdurchführung grundlegend sind und auf deren Erfüllung die andere Partei dementsprechend vertraut und vertrauen darf (Kardinalpflichten), haften die Parteien nur beschränkt auf den typischen und vorhersehbaren Schaden.
- 10.3. Anderweitige Schadenersatzforderungen sind vorbehaltlich der nachfolgenden Ziffern 10.4 und 10.5, ausgeschlossen.
- 10.4. Die Haftungsbeschränkungen und Haftungsausschlüsse gemäß dieser Ziffer 10 lassen die Haftung der Parteien gemäß den zwingenden gesetzlichen Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes, aufgrund des arglistigen Verschweigens eines Mangels, wegen Verzugs, aufgrund einer schuldhaften Verletzung von Schutzrechten Dritter sowie der Übernahme einer
- Garantie für die Beschaffenheit einer Sache unberührt.
- 10.5. Im Falle einer Inanspruchnahme des Auftraggebers durch einen Kunden oder sonstigen Dritten aufgrund von Produkthaftung, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Freistellung des Auftraggebers von diesen Ansprüchen sowie zum Ersatz aller dem Auftraggeber dadurch entstehenden Kosten, sofern den Auftragnehmer eine ursächliche Verantwortung für den Haftungsfall trifft. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- 11. Versicherung**
- 11.1. Der Auftragnehmer wird angemessene Versicherungen bei namhaften Drittversicherern mit einem Finanzkraft-Rating von "A-" oder besser von A.M. Best oder, wenn solche Ratings nicht mehr verfügbar sind, mit einem vergleichbaren Rating von einer anerkannten Versicherungs-Ratingagentur abschließen und während der Dauer der Geschäftsbeziehung unterhalten.
- 11.2. Auf Anforderung des Auftraggebers wird der Auftragnehmer dem Auftraggeber von den jeweiligen Versicherungsgesellschaften oder Versicherungsmaklern ausgestellte Versicherungsbescheinigungen zur Verfügung stellen.
- 11.3. Die Prämien und die damit verbundenen Kosten einer solchen Versicherung liegen in der alleinigen Verantwortung des Auftragnehmers und sind von ihm zu tragen.
- 12. Notfallplanung (Business-Contingency-Plans), Informationspflichten**
- Der Auftragnehmer wird durch entsprechende Notfallpläne (Business-Contingency-Plans), welche dem Auftraggeber auf Anfrage hin offenzulegen sind, die vereinbarte Verfügbarkeit der geschuldeten Leistungen im Fall von Störungen und Notfällen im Rahmen des Zumutbaren sicherstellen und den Auftraggeber über die entsprechenden Planungen unaufgefordert informieren, sofern diese Einfluss auf die Bestellung haben.
- 13. Geheimhaltung, Datenschutz**
- 13.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Geschäftsgeheimnisse des Auftraggebers und seiner verbundenen Unternehmen im Sinne der Richtlinie (EU) 2016/943 bzw. des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/943 zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (Geschäftsgeheimnisgesetz) streng geheim zu halten und vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung sowie unbefugten Zugriffen Dritter angemessen zu schützen. Hiernach ist ein Geschäftsgeheimnis jede Information, die weder insgesamt noch in der genauen Anordnung und Zusammensetzung ihrer Bestandteile den Personen in den Kreisen, die üblicherweise mit dieser Art von Informationen umgehen, allgemein bekannt oder ohne Weiteres zugänglich ist und daher von wirtschaftlichem Wert ist und die Gegenstand von den Umständen nach angemessenen Geheimhaltungsmaßnahmen durch ihren rechtmäßigen Inhaber ist und bei der



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- ein berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung besteht.
- 13.2. Die Regelungen nach Ziffer 13.1 gelten ferner hinsichtlich (sonstiger) vertraulicher Informationen des Auftraggebers und dessen verbundener Unternehmen wie Unterlagen in jeder Form und Art (schriftlich, elektronisch, mündlich, digital oder in anderer Form), die der Auftraggeber dem Auftragnehmer direkt oder indirekt offenbart und die offensichtlich oder nach einem objektiven Empfängerhorizont als vertraulich zu betrachten sind. Als vertrauliche Informationen gelten insbesondere Geschäftsgeheimnisse, Produkte, Herstellungsverfahren, Know-how, Erfindungen, Geschäftsbeziehungen, Geschäftsstrategien, Geschäftspläne, Finanzplanung, Personalangelegenheiten, digital verkörperte Informationen (Daten); Muster, Zeichnungen u.ä. sowie die im Zusammenhang mit der Auftragsausführung erlangten Arbeitsergebnisse oder Erkenntnisse. Diese dürfen Dritten ohne ausdrückliches, schriftliches Einverständnis des Auftraggebers nicht offenbart oder zugänglich gemacht werden. Dies gilt nicht, wenn die Weitergabe an interne und externe Mitarbeiter, Konzernmitglieder, Berater (z.B. Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte Steuerberater, Unternehmensberater) auf der Grundlage der Erforderlichkeit (Need-to-Know Basis) zur Erfüllung des Vertrages zwingend erforderlich ist und sichergestellt ist, dass die Dritten ebenfalls Vertraulichkeitsverpflichtungen aus dieser Vereinbarung gleichwertig sind.
- 13.3. Die Verschwiegenheitspflichten gemäß dieser Ziffer 13 gelten nicht hinsichtlich solcher Informationen:
- die zum Zeitpunkt der Preisgabe der Information bereits rechtmäßig öffentlich bekannt oder öffentlich zugänglich waren oder zu einem späteren Zeitpunkt öffentlich bekannt oder zugänglich werden, ohne dass dies auf einer Verletzung der Bestimmungen des Vertrages beruht, der unter Einbeziehung dieser Bedingungen abgeschlossen worden ist,
 - deren Bekanntgabe an Dritte dem Auftragnehmer von dem Auftraggeber zuvor ausdrücklich schriftlich erlaubt worden ist,
 - die dem Auftragnehmer von einem Dritten bekannt gegeben wurden, ohne dass dies auf einer Verletzung der Bestimmungen des Vertrages beruht, der unter Einbeziehung dieser Bedingungen abgeschlossen worden ist,
 - zu deren Bekanntgabe an Dritte der Auftragnehmer durch Anordnung eines zuständigen Gerichts oder einer Behörde oder sonstigen Einrichtung oder gesetzlich oder aufgrund der Regelwerke einer Börse verpflichtet ist, wobei der Auftragnehmer alle vernünftigen Schritte unternehmen muss, um die Offenlegung der Information im größtmöglichen Umfang zu verhindern oder zu beschränken.
- 13.4. Die Verschwiegenheitspflichten für Geschäftsgeheimnisse nach Ziffer 13.1 und sonstige vertrauliche Informationen nach Ziffer 13.2 gelten nach Beendigung der Geschäftsbeziehung
- fort, allerdings nur bis die sonstige vertrauliche Information oder Geschäftsgeheimnisse öffentlich bekannt werden, ohne dass dies auf einer Verletzung dieser Ziffer 13 beruht.
- 13.5. Der Auftragnehmer wird sowohl Informationen als auch Unterlagen, die ihm im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber bekannt geworden sind oder zugänglich gemacht werden, nur zur Erfüllung seiner sich aus dem Vertrag ergebenden Pflichten nutzen. Das Gleiche gilt hinsichtlich Daten, Ergebnissen und weiteren Kenntnissen, die im Rahmen des Vertrages erlangt werden.
- 13.6. Bei zu erbringenden Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten verpflichtet sich der Auftragnehmer, ausschließlich nach Weisung des Auftraggebers zu handeln, die Datenschutzgesetze und -verordnungen strikt einzuhalten sowie sicherzustellen, dass – soweit vorhanden – jeder seiner Mitarbeiter das Datengeheimnis wahrt. Entsprechende Geheimhaltungsverpflichtungen der Mitarbeiter sind auf Verlangen des Auftraggebers mit diesen zu vereinbaren und diesem vorzulegen. Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer, im Rahmen des aktuellen Stands der Technik alle Informationen und Daten des Auftraggebers gegen den Zugriff unbefugter Dritter zu sichern. Liegen dem Auftragnehmer Informationen vor, dass unbefugte Dritte Kenntnisse von Informationen oder Daten des Auftraggebers erlangt haben könnten, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen und bei der Aufklärung des Sachverhalts zu kooperieren und ggf. Schritte einzuleiten, um künftige Zugriffe zu verhindern.
- 13.7. Bei zu erbringenden Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten des Auftraggebers durch den Auftragnehmer als Datenverarbeiter gilt die Datenschutzvereinbarung des Auftraggebers. Diese wird mit dem Auftragnehmer vor Beginn der Leistungserbringung gesondert vereinbart.
- 13.8. Der Auftragnehmer verpflichtet sich darüber hinaus, nach Durchführung der Lieferung/Leistung alle erhaltenen Informationen, Unterlagen und Daten auf Verlangen zurückzugeben und diese nach Beendigung der Geschäftsbeziehung weder selbst wirtschaftlich zu verwerten, noch Dritten zugänglich zu machen. Darüber hinaus wird der Auftragnehmer alle Daten und Informationen aus seinen Datenverarbeitungsanlagen entfernen sowie weitere Speichermedien auf Verlangen herausgeben, so dass eine Rekonstruktion der Daten nicht möglich ist, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich angemessen ist. Auf Verlangen ist dies dem Auftraggeber schriftlich zu bestätigen und nachzuweisen.
- 14. Name, Logo, Identität**
- Der Auftragnehmer wird den Namen, das Logo und die Identität der Deutsche Bank AG und aller mit der Deutsche Bank AG verbundenen Unternehmen nicht ohne die vorherige schriftliche Zustimmung der Deutschen Bank AG bzw. der verbundenen Unternehmen verwenden.
- 15. Nutzungsrechte**



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- 15.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle geistigen Eigentumsrechte, die an den im Rahmen der Bestellung speziell für den Auftraggeber erstellten schutzfähigen Werken und sonstigen Arbeitsergebnissen (nachfolgend „Entwicklungsergebnisse“ genannt) bestehen, an den Auftraggeber zu übertragen. Diese übertragenen Rechte stehen dem Auftraggeber ausschließlich, inhaltlich, räumlich und zeitlich unbeschränkt zu und sind unterlizenzierbar und übertragbar.
- 15.2. Sofern eine Übertragung von Rechten nach Ziffer 15.1 (aus rechtlichen Gründen) nicht möglich ist, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber an den Entwicklungsergebnissen ausschließliche, mit der Vergütung bereits abgebotene, unwiderrufliche, inhaltlich, räumlich und zeitlich unbeschränkte, unterlizenzierbare und übertragbare Nutzungsrechte für alle Nutzungsarten ein. Die eingeräumten Nutzungsrechte beinhalten insbesondere das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung (inkl. öffentliches Zugänglichmachen), Bearbeitung und Umgestaltung des Entwicklungsergebnisses (insbesondere auch durch Dritte) sowie das Recht, bearbeitete oder umgestaltete Entwicklungsergebnisse zu veröffentlichen und zu verwerten.
- 15.3. Die Rechtseinräumung nach der vorstehenden Ziffer 15.2 umfasst ausdrücklich auch die Nutzungsrechte für bisher unbekannte Nutzungsarten mit der Maßgabe, dass das in diesen Fällen bestehende gesetzliche Widerrufsrecht des Urhebers unberührt bleibt.
- 15.4. Nach Fertigstellung der vertraglich vereinbarten Leistungen ist der Auftraggeber jederzeit berechtigt, vom Auftragnehmer zu verlangen, dass der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle Originale und Kopien der Entwicklungsergebnisse, alle Dokumentationen und alle anderen im Rahmen der Leistungserbringung erstellten Dokumente zur Verfügung stellt und dies schriftlich bestätigt. Soweit Kopien vom Auftragnehmer auf computerlesbaren Datenträgern gespeichert werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese unwiederbringlich zu löschen.
- 16. Freiheit von Rechten Dritten, Open Source Software**
- 16.1. Der Auftragnehmer hat die Verpflichtung die Lieferungen und Leistungen frei von Schutzrechten Dritter zu erbringen und verpflichtet sich dafür Sorge zu tragen, dass keine sonstigen Rechte Dritter bestehen, die eine Nutzung entsprechend Inhalt und Zweck des Vertrages und der Bestellung einschränken oder ausschließen.
- 16.2. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Schäden, erforderlichen Kosten, Nachteilen und Ansprüchen Dritter frei, die dem Auftraggeber im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Rechten Dritter entstehen, sofern den Auftragnehmer ein Verschulden trifft. Die Parteien werden sich gegenseitig unverzüglich schriftlich benachrichtigen, falls ihnen gegenüber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden.
- 16.3. Wird die vertragsgemäße Nutzung durch Schutzrechte oder sonstige Rechte Dritter beeinträchtigt, so hat der Auftragnehmer verschuldensunabhängig auf Wunsch des Auftraggebers in zumutbarem Umfang, nach seiner Wahl entweder die vertraglichen Leistungen so zu ändern, dass sie aus dem Schutzbereich herausfallen, gleichwohl aber den vertraglichen Bestimmungen entsprechen, oder die Befugnis zu erwirken, dass sie uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten für den Auftraggeber vertragsgemäß genutzt werden können.
- 16.4. Der Auftraggeber ist berechtigt, einem eventuellen Rechtsstreit des Auftragnehmers mit einem Dritten über dessen geltend gemachte Schutzrechte auf eigene Kosten beizutreten.
- 16.5. Open Source Software (*bezeichnet Open-Source-Software im Sinne der Open-Source-Initiative (<http://opensource.org>) oder die Free Software Foundation (<http://www.fsf.org>):* Der Auftragnehmer bestätigt, dass (i) das Recht des Auftraggebers, Open-Source-Komponenten (*bedeutet irgendeine Open Source Software, die in Lieferungen oder Leistungen integriert oder eingebettet ist, kombiniert oder erforderlich ist, um deren Nutzung zu ermöglichen, bereitgestellt gemäß diesen Bedingungen*) zu nutzen, zu installieren und/oder einzusetzen, in der Lizenz enthalten ist, die der Auftragnehmer dem Auftraggeber in Bezug auf die Lieferungen und Leistungen erteilt hat, und dieser Lizenz unterliegt; und (ii) der Auftragnehmer über alle erforderlichen Rechte verfügt, um das unter (i) beschriebene Recht zur Nutzung, Installation und/oder Bereitstellung zu gewähren. Der Auftragnehmer stellt die laufende Eignung und Übereinstimmung aller Open-Source-Komponenten mit allen Anforderungen dieser Bedingungen sicher und bleibt dafür verantwortlich. Der Auftragnehmer muss alle Open-Source-Komponenten unterstützen und nachbessern, was mindestens Folgendes beinhaltet: (i) die unverzügliche Benachrichtigung des Auftraggebers über alle Schwachstellen (*bedeutet eine Schwäche in der Computerlogik (z. B. im Code), die in Software- und Hardwarekomponenten vorkommt und bei deren Ausnutzung es zu negativen Auswirkungen auf Vertraulichkeit, Integrität oder Verfügbarkeit kommt*) in den betreffenden Open-Source-Komponenten, von denen der Auftragnehmer Kenntnis erhält; (ii) sobald dies vernünftigerweise möglich ist, alle allgemein verfügbaren Sicherheitspatches für die betreffenden Open-Source-Komponenten anzuwenden; und (iii) wenn der Auftragnehmer vernünftigerweise davon ausgeht, dass eine relevante Open-Source-Komponente nicht mehr aktiv gewartet wird, die Komponente zu ersetzen oder alle angemessenen Schritte zu unternehmen, um eine festgestellte Schwachstelle zu mitigieren.
- 17. Personal, Mindestlohn, Freistellung**
- 17.1. Die Organisation der von dem Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen, insbesondere die Auswahl und Einteilung eigenen Personals, obliegt dem Auftragnehmer in eigener Verantwortung. Bei dem Auftragnehmer liegt auch das Weisungsrecht über das eigene Personal. Der Auftragnehmer wird nur solche Mitarbeiter zur Leistungserbringung einsetzen, welche ihre Tätigkeit nach den jeweils geltenden arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen ausüben dürfen. Der Auftragnehmer wird dafür Sorge



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- tragen, dass seine quantitative und qualitative Personalausstattung jederzeit zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung genügt. Der Auftragnehmer wird ferner dafür Sorge tragen, dass seine Mitarbeiter sowie deren Vertreter abhängig von ihren Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügen und der Auftragnehmer wird durch geeignete Maßnahmen gewährleisten, dass das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter angemessen ist. Die betriebliche Organisation und sonstige betriebliche Umstände (z.B. Sicherheitsanforderungen, Zugangsregelungen) bei dem Auftraggeber werden dem Auftragnehmer im erforderlichen Umfang bekannt gemacht und sind zu beachten. Vorbehaltlich der datenschutzrechtlichen Regelungen wird der Auftragnehmer die erforderlichen Dokumente und Nachweise beim Auftraggeber vorlegen (z.B. aktuelles polizeiliches Führungszeugnis). Insbesondere darf der Auftragnehmer, sofern ein Zutritt zu den Bereichen des Auftraggebers oder ein Zugriff auf IT-Systeme des Auftraggebers im Zusammenhang mit dessen Leistung erforderlich ist, nur solche Mitarbeiter einsetzen, die nach den Policies des Auftraggebers eine Zutritts- bzw. Zugriffsberechtigung erhalten haben.
- 17.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich im Sinne einer Hauptleistungspflicht - auch gegenüber dem Auftraggeber - seine gesetzliche Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns gemäß allen Mindestlohnvorschriften zu erfüllen, einschließlich des deutschen Mindestlohngesetzes (MiLoG), soweit seine Mitarbeiter bzw. Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sind. Er stellt zudem durch eigene Prüfungen und entsprechende vertragliche Regelungen sicher, dass auch seine Sub- oder Nachunternehmer, denen er sich zur vollständigen oder teilweisen Erfüllung seiner Pflichten bedient, ihren Verpflichtungen aus den Mindestlohnvorschriften nachkommen. Im Falle eines Verstoßes gegen diese Pflicht ist der Auftraggeber vorbehaltlich weiterer etwaiger Rechte, zur außerordentlichen Kündigung gemäß Ziffer 3 (Recht zur außerordentlichen Kündigung) der Bedingungen befugt. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen frei, die im Falle eines Verstoßes des Auftragnehmers oder seiner Subunternehmer gegen die Mindestlohnvorschriften geltend gemacht werden. Etwaige Haftungsbegrenzungen finden insoweit keine Anwendung.
18. **Einhaltung einschlägiger Bestimmungen und Gesetze, Umwelt- und Arbeitsschutz, Mandantenfähigkeit, Anti Financial Crime (AFC Gesetze), Lieferkette**
- 18.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung sämtlicher einschlägiger Bestimmungen, Normen, Richtlinien, Verordnungen, Vorschriften und Gesetze. Dies betrifft insbesondere die AFC-Gesetze (umfasst alle geltenden Gesetze zur Betrugsbekämpfung, zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption, zur Bekämpfung der Geldwäsche, zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, zur Exportkontrolle und zu Sanktionen, Regeln oder Vorschriften, die der Auftragnehmer einhalten muss. Zur Klarstellung, "Sanktionen" bezieht sich auf alle Sanktionen, die vom US-Finanzministerium, dem US-Außenministerium, dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, Deutschland, dem Finanzministerium Ihrer Majestät oder einer anderen zuständigen Sanktionsbehörde verhängt werden. "Export Kontrollen" bezieht sich auf alle anwendbaren Exportkontrollgesetze, einschließlich und nicht beschränkt auf US-Ausführungsverwaltungsvorschriften (EAR) und der Internationalen Waffenverkehrsordnung (ITAR)), Datenschutzgesetze sowie kartellrechtliche, arbeits- und umweltschutzrechtliche Vorschriften sowie das Gesetz über unternehmerische Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Ziffer 18.9). Der Auftragnehmer wird sicherstellen, dass die von ihm gelieferten Produkte allen maßgeblichen landesrechtlichen und regulatorischen Anforderungen an das Inverkehrbringen genügen. Der Auftragnehmer wird sämtliche im Zusammenhang mit einer Lieferung anzuwendenden Außenwirtschaftsvorschriften beachten und insbesondere alle exportrechtlich notwendigen Genehmigungen eigenverantwortlich und auf seine Kosten einholen. Er hat dem Auftraggeber die Konformität mit den Verpflichtungen nach dieser Ziffer 18.1 auf Verlangen durch Vorlage geeigneter Dokumente nachzuweisen.
- 18.2. Der Auftragnehmer wird nur solche Produkte (einschl. Verpackungen) liefern bzw. Techniken einsetzen, die in Bezug auf Herstellung, Anwendung und Entsorgung den Umweltschutzbestimmungen hinreichend Rechnung tragen. Unbeschadet bleibt die Verpflichtung des Auftragnehmers, den jeweils aktuellen Stand der Technik auch dann zu wahren, wenn er über gesetzliche Anforderungen oder einschlägige Normen hinausgeht.
- 18.3. Der Auftragnehmer ist auf Verlangen des Auftraggebers zur unentgeltlichen Rücknahme und fachgerechten Abholung und Entsorgung von Verpackungsmaterial verpflichtet. Auf Verlangen ist ein entsprechender Nachweis über die gesetzeskonforme Entsorgung zu führen. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber berechtigt, die Abholung und Entsorgung auf Kosten des Auftragnehmers vornehmen zu lassen.
- 18.4. Soweit die Lieferung/Leistung in Deutschland erbracht wird, verpflichtet sich der Auftragnehmer, das Kreislaufwirtschaftsgesetz und die hierzu erlassenen Ausführungsgesetze, Verordnungen und Richtlinien einzuhalten. Für Abfälle, die unter die gesetzlichen Regelungen fallen und dem Auftraggeber zuzurechnen sind, sind dem Auftraggeber alle erforderlichen Daten und Nachweise zur Abfallbilanzierung und Abfallwirtschaftskonzepterstellung zu melden bzw. zu überlassen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung der vorgenannten Bestimmungen frei und verpflichtet sich, dem Auftraggeber alle Schäden und Kosten zu ersetzen, zu deren Zahlung er verpflichtet wird, weil im Zusammenhang mit den Ausführungen des Vertrages die vorgenannten Bestimmungen verletzt wurden.
- 18.5. Der Auftragnehmer verpflichtet sich darüber hinaus, keine Handlungen vorzunehmen oder zu unterlassen, die zu einer Strafbarkeit wegen Betruges oder Untreue, Insolvenzstraftaten, Straftaten gegen den Wettbewerb,



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme, Bestechung, Bestechlichkeit oder vergleichbaren Delikten von Beschäftigten oder sonstigen Dritten führen kann.
- 18.6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der jeweils für die Erfüllung seiner Verpflichtung einschlägigen Deutsche Bank Policies und Weisungen. Diese werden dem Auftragnehmer im erforderlichen Umfang bekannt gemacht.
- 18.7. Vorbehaltlich der einschlägigen Datenschutzbestimmungen oder anderer anwendbarer Gesetze und Vorschriften wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich über mögliche Verstöße gegen die Verpflichtungen aus Ziffer 18 sowie über alle Vorwürfe, Verfahren, Untersuchungen oder Auskunftersuchen einer Aufsichts- oder Regierungsbehörde im Zusammenhang mit möglichen Verstößen durch den Auftragnehmer oder seine Subunternehmer informieren.
- 18.8. Der Auftragnehmer darf Leistungen für andere Mandanten nur erbringen, wenn er die Mandantenfähigkeit der für die Erbringung der Vertragsleistungen eingesetzten Systeme sichergestellt hat oder die Leistungen für andere Mandanten durch separate Systeme erbringt. Mandantenfähigkeit in diesem Sinne setzt eine logische Trennung und eine wechselseitige Abschirmung der für die jeweiligen Mandanten gespeicherten und verarbeiteten Datenbestände, einschließlich der Möglichkeit zur Unterstützung unterschiedlicher und sich ggf. verändernder mandantenspezifischer Geschäftsmodelle, voraus. Der Auftragnehmer muss zu jeder Zeit in der Lage sein, die Leistungen für seine jeweiligen Mandanten unabhängig voneinander zu erbringen.
- 18.9. Damit der Auftraggeber seinen Verpflichtungen aus dem Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG) nachkommen kann, muss der Auftragnehmer die menschenrechts- und umweltbezogenen Erwartungen an unmittelbare Auftragnehmer, wie sie in der Grundsatzklärung der Deutsche Bank AG-Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) (<https://www.db.com/what-we-do/responsibility/sustainability/responsible-banking/human-rights>) dargelegt sind, einhalten und sie in der Lieferkette angemessen adressieren. Der Auftragnehmer erklärt sich bereit, mit dem Auftraggeber zu kooperieren und ihn in angemessener Weise zu unterstützen, d.h. wenn der Auftraggeber in der Lieferkette menschenrechts- und umweltbezogene Risiken verhindert, beendet oder minimiert, jährliche und Ad-hoc-Risikoanalysen sowie LkSG-bezogene Wirksamkeitsprüfungen durchführt oder den Auftraggeber in sonstiger angemessener Weise zu unterstützen. Der Auftragnehmer stellt alle erforderlichen Informationen, Fakten und Dokumente zur Verfügung, um diese Kooperation zu unterstützen. Stellt der Auftraggeber eine bereits bestehende oder unmittelbar bevorstehende Verletzung einer Menschenrechts- oder Umweltverpflichtung fest, kooperieren beide Parteien unverzüglich bei der Ergreifung von Abhilfemaßnahmen zur Verhinderung, Milderung oder Beendigung dieser Verletzung. Sollten diese Maßnahmen unangemessene Anforderungen an den Auftragnehmer stellen oder die Fähigkeiten des Auftragnehmers übersteigen, werden der Auftragnehmer und der Auftraggeber Gespräche über die Kosten für diese Maßnahmen auf der Grundlage der Art und Umfang der Geschäftstätigkeit des Unternehmens, des Grades der Auswirkungen, der Schwere, der Wahrscheinlichkeit der Verletzung und des Verursachungsbeitrages, führen.
- 18.10. Der Auftraggeber hat das Recht, den unter Einbeziehung dieser Bedingungen abgeschlossenen Vertrag mit sofortiger Wirkung auszusetzen und/oder außerordentlich im Sinne von Ziffer 3 (Recht zur außerordentlichen Kündigung) zu kündigen, wenn der Auftraggeber der begründeten Annahme ist, dass der Auftragnehmer eine der in dieser Ziffer 18 vereinbarten Verpflichtungen nicht erfüllt oder in wesentlicher Hinsicht verletzt hat.
- 19. Sanierungsmaßnahmen, Abwicklungsfall**
- 19.1. Soweit der Auftraggeber oder ein mit dem Auftraggeber im Deutsche Bank-Konzern verbundenes Finanzinstitut von Maßnahmen der Aufsichtsbehörden nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG), den Vorschriften der EU Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (BRRD) oder den diese auf nationaler Ebene umzusetzenden, sonstigen Vorschriften betroffen ist (nachfolgend "Sanierungsmaßnahmen" genannt), verpflichtet sich der Auftragnehmer, seine Leistungen nach dem Vertrag weiter vertragsgemäß zu erbringen, damit der Auftraggeber weiterhin die Leistungen in Anspruch nehmen kann oder seinerseits in die Lage versetzt wird, seine Leistungsverpflichtungen gegenüber dem mit ihm im Deutsche Bank-Konzern verbundenen Finanzinstitut oder ggfs an einen neuen Rechtsträger, an den Bestandteile und/oder das Vermögen des Auftraggebers oder das mit dem Auftraggeber im Deutsche Bank-Konzern verbundenen Finanzinstituts übertragen werden (sog. Brückenbank), zu erbringen. Soweit dies zu Leistungsänderungen und/oder nachgewiesenem Zusatzaufwand beim Auftragnehmer führt, findet für eine Anpassung der Vergütung bzw. eines Entgelts für etwaige Zusatzaufwände Ziffer 1.6 Teil A. Anwendung, soweit die zugrundeliegenden, zusätzlichen Kosten nicht bereits durch die bestehende Vergütung abgedeckt werden. Der Auftragnehmer hat ansonsten für seine Leistungen ab Eintritt des Abwicklungsfalls einen Anspruch auf die hierfür vertraglich vereinbarte Vergütung.
- 19.2. Außerdem wird der Auftragnehmer bei Sanierungsmaßnahmen seine ihm evtl. nach dem Vertrag zustehenden Kündigungsrechte für die von den Aufsichtsbehörden oder von diesen eingesetzten Dritten gegenüber dem Auftraggeber (bzw. mit dem Auftraggeber im Deutsche Bank-Konzern verbundenen Finanzinstitut) bestimmte Übergangsfrist bis zum Abschluss der Sanierungsmaßnahmen nicht ausüben, sofern der Kündigungsgrund nicht unabhängig von den Sanierungsmaßnahmen bzw. den Ereignissen ist, aufgrund derer die Aufsichtsbehörden die Sanierungsmaßnahmen treffen. Soweit es zur Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen erforderlich ist, werden die Parteien die entsprechenden Vereinbarungen mit den handelnden Aufsichtsbehörden oder von diesen eingesetzten Dritten abschließen bzw. den Vertrag



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

entsprechend anpassen. Der Auftragnehmer wird im Rahmen seiner vertraglichen Verpflichtungen mit den handelnden Aufsichtsbehörden, den von diesen eingesetzten Dritten und dem Auftraggeber vollumfänglich kooperieren und die angemessenen Handlungen ausführen, die zur Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind.

20. Erfüllungsort, Anwendbares Recht, Gerichtsstand

20.1. Erfüllungsort ist stets derjenige Ort, an den die bestellten Lieferungen und Leistungen vereinbarungsgemäß zu liefern bzw. zu erbringen sind (Empfangsstelle).

20.2. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Kollisionsrechts. Die Anwendung des einheitlichen UN-Kaufrechts oder sonstiger Konventionen ist ausgeschlossen.

20.3. Ist der Auftragnehmer Kaufmann, ist ausschließlicher Gerichtsstand Frankfurt am Main. Gerichtsstand für alle Geschäftsgeheimnisstreitsachen ist der ausschließliche Gerichtsstand des Beklagten.

21. Unwirksamkeit, Lücken, Nebenabreden, Formerfordernis

21.1. Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleiben die jeweils abgeschlossenen Verträge (einschließlich Bestellungen) unter Fortgeltung der übrigen Regelungen dieser Bedingungen wirksam. Die Parteien werden in diesem Fall eine Regelung vereinbaren, die die Interessen beider Seiten berücksichtigt und dem Gewollten am nächsten kommt. Dies gilt auch im Falle einer Regelungslücke.

21.2. Nebenabreden sind nicht Bestandteil dieser Bedingungen. Änderungen und zusätzliche Regelungen sind nur dann wirksam, wenn sie schriftlich mit dem Auftraggeber vereinbart wurden. Dies gilt auch für Vereinbarungen, welche die Schriftform betreffen.

21.3. Soweit kein strengeres Schriftformerfordernis ausdrücklich in diesen Bedingungen geregelt ist, wahrt die Textform (z.B. Email oder Telefax etc.) das Schriftlichkeitserfordernis.



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

B. Besonderer Teil

I. Miete/Kauf von Standard-software, Hardware, Softwarepflege und/oder Hardwarewartung

1. Anwendbarkeit

1.1. Die unter diesem Besonderen Teil B, Abschnitt I. genannten Bedingungen gelten für den Kauf oder die Miete von Standardsoftware und/oder Hardware (einschließlich eingebetteter Firmware) sowie Wartungs- und Pflegeleistungen bezüglich Software und/oder Hardware durch den Auftragnehmer.

1.2. Soweit Gegenstand der Vereinbarung der Parteien Software ist, die speziell nach den Maßgaben des Auftraggebers durch den Auftragnehmer erstellt oder angepasst werden soll (sog. Individualsoftware), gelten diesbezüglich neben den allgemeinen Bestimmungen des Teil A die Bestimmungen des Besonderen Teil B, Abschnitt II. hinsichtlich Werkleistungen.

2. Vertragsgegenstand, Miete/Kauf von Software und/oder Hardware

2.1. Der im Rahmen dieses Besonderen Teil B, Abschnitt I. einschlägige Vertragsgegenstand richtet sich nach der Bestellung.

2.2. Im Falle eines Softwarekaufs oder einer Softwaremiete erwirbt der Auftraggeber vom Auftragnehmer gegen Entgelt die in Ziffer 4 näher bezeichneten dauerhaften oder zeitlich beschränkten Nutzungsrechte an der in der Bestellung genannten Software, die er nicht für den Auftraggeber herstellt oder verändert, d.h. sog. Standardsoftware (nachfolgend "Software" genannt).

2.3. Im Falle eines Hardwarekaufs erwirbt der Auftraggeber vom Auftragnehmer das Eigentum an den in der Bestellung näher bezeichneten Geräten und Komponenten (nachfolgend "Hardware" genannt). Haben die Parteien hingegen eine Hardwaremiete vereinbart, ist Vertragsgegenstand die entgeltliche Gebrauchsüberlassung der Hardware. Die Hardware ist in jedem Fall fabrikneu zu liefern bzw. zu überlassen und darf keine überarbeiteten Komponenten (z.B. aus Retouren) enthalten.

2.4. In allen den in Ziffern 2.2 und 2.3 genannten Fällen (Softwarekauf/-miete, Hardwarekauf/-miete) hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber:

- sämtliche Handbücher, Bedienerhilfen und sonstige Dokumentation (nachfolgend „Dokumentation“ genannt) zur Verfügung zu stellen, welche es den Anwendern erlaubt, die Software oder Hardware ohne weitere Schulungen etc. bestimmungsgemäß zu nutzen.
- die Dokumentation nach Wahl des Auftraggebers entweder in deutscher oder englischer Sprache in elektronischer, ausdrückbarer Form auf einem handelsüblichen Datenträger zur Verfügung zu stellen. Die Dokumentation umfasst alle für die Installation, den Betrieb sowie die Instandhaltung erforderlichen Unterlagen und muss so beschaffen sein, dass die Software

oder Hardware (und ggf. Firmware) von Betriebskräften des Auftraggebers vollständig betreibbar ist. Die Dokumentation umfasst insbesondere das Benutzerhandbuch, Produktinformationen sowie das Installationshandbuch. Dem Auftraggeber ist es gestattet, eine beliebige Anzahl von Vervielfältigungen der Dokumentation für die Nutzung der Software oder Hardware anzufertigen bzw. anfertigen zu lassen.

2.5. Übernimmt der Auftragnehmer (i) die Erstellung von Individualsoftware, (ii) die Installation, Implementierung, Bearbeitung und/oder Parametrisierung von Software auf der Hardware des Auftraggebers, oder (iii) die Aufstellung, Installation oder Herstellung der technischen Betriebsbereitschaft der Hardware, gelten insofern die Regelungen des Besonderen Teil B, Abschnitt II. hinsichtlich Werkleistungen. Gleiches gilt für den Fall, dass der Auftraggeber den Auftragnehmer zur anwenderspezifischen Ergänzung und Anpassung der Software mit einer Erweiterungsprogrammierung beauftragt.

3. Vertragsgegenstand, Softwarepflege und/oder Hardwarewartung

3.1. Soweit zwischen den Parteien vereinbart, übernimmt der Auftragnehmer für den Auftraggeber die Pflege der im jeweiligen Vertrag näher bezeichneten Software (nachfolgend "Softwarepflege" genannt) und/ oder die Wartung der im jeweiligen Vertrag näher bezeichneten Hardware (nachfolgend "Hardwarewartung" genannt).

3.2. Vorbehaltlich abweichender Vereinbarungen im jeweiligen Vertrag erbringt der Auftragnehmer die nachfolgenden Pflegeleistungen für Software:

- Fehlerbeseitigung,
- Beratungsleistungen,
- Lieferung neuer Programmversionen (Releases, Patches, Security Patches, Updates und Upgrades);

und/oder die nachfolgenden Wartungsleistungen hinsichtlich Hardware:

- Instandhaltung der Hardware durch turnusgemäße Vornahme von der Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft dienenden Maßnahmen, insbesondere in Form der Durchführung von Inspektionen,
- Instandsetzung der Hardware durch die Beseitigung von aufgetretenen Störungen,
- Beratungsleistungen.

3.3. Der Auftragnehmer wird die Softwarepflege und Hardwarewartung für einen angemessenen Zeitraum (mindestens 3 Jahre) ab Lieferung bzw. Abnahme der Software zu marktgerechten Konditionen anbieten und den Auftraggeber unverzüglich informieren, wenn er plant, die Software- oder Hardwarewartung einzustellen.

3.4. Wird das Nutzungsrecht an der Software anlässlich einer Veräußerung oder Verschmelzung eines mit dem Auftraggeber gemäß den §§ 15 ff. Aktiengesetz derzeit und zukünftig verbundenen Unternehmens (nachfolgend „Konzernunternehmen“ genannt) oder eines Geschäftsbereichs eines Konzernunternehmens gemäß Ziffer 4.2 (d) dieses Besonderen Teil B, Abschnitt II. an einen Erwerber / Rechtsnachfolger übertragen und schuldet der Auftragnehmer die



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- Pflege hinsichtlich dieser Software, ist der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, die Pflegeleistungen für einen angemessenen Zeitraum ab dem Ausscheiden des jeweiligen Konzernunternehmens bzw. des Geschäftsbereichs des jeweiligen Konzernunternehmens für den Erwerber/Rechtsnachfolger zu erbringen.
- 4. Nutzungsrechte an (Standard-)Software, Daten- und Datenbanken**
- 4.1. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an der Software das nicht-ausschließliche, mit der Vergütung bereits abgeglichene, unwiderrufliche, inhaltlich und räumlich unbeschränkte,
- (a) im Falle eines Softwarekaufs zeitlich unbeschränkte und übertragbare; oder
- (b) im Falle einer Softwaremiete auf die Dauer des Vertrages beschränkte und während der Dauer des Vertrages übertragbare Recht ein, die Software, einschließlich der Dokumentation, bestimmungsgemäß insbesondere auch für Konzernunternehmen, zu nutzen.
- 4.2. Die vom Auftragnehmer eingeräumten Nutzungsrechte umfassen insbesondere die nachfolgenden Rechte, die sich neben der Software jeweils auch auf die Dokumentation beziehen:
- (a) das Recht, die Software für die bestimmungsgemäße Nutzung zu vervielfältigen, insbesondere sie auf IT-Systemen zu speichern, zu installieren, zu bearbeiten und ablaufen zu lassen,
- (b) das Recht, die Software automatisiert durch andere Software bzw. Roboter zu nutzen (sog. Robotic Process Automation (RPA)),
- (c) das Recht, Nutzungsrechte an Konzernunternehmen zu übertragen oder an Konzernunternehmen zu unterlizenzieren, soweit der Auftraggeber selbst zur Nutzung berechtigt ist. Eine Weitereräumung (Unterlizenzierung) oder Übertragung von Nutzungsrechten an Konzernunternehmen bedarf keiner gesonderten Zustimmung seitens des Auftragnehmers,
- (d) das Recht; die an der Software eingeräumten Nutzungsrechte anlässlich der Veräußerung eines Konzernunternehmens oder eines Teilgeschäftsbereichs eines Konzernunternehmens ohne Zustimmung des Auftragnehmers auf den Erwerber zu übertragen,
- (e) das Recht, Dritten das Recht einzuräumen, die Software für Zwecke des Auftraggebers oder eines Konzernunternehmens zu nutzen (Dritte in diesem Sinne sind insbesondere, d.h. nicht abschließend: Berater; freie Mitarbeiter; Leiharbeiter; Kunden des Auftraggebers oder eines Konzernunternehmens, welche die Software zur Abwicklung von Bankgeschäften mit dem Auftraggeber oder einem Konzernunternehmen nutzen),
- (f) das Nutzungs-/Zugriffsrecht durch bzw. für IT-Dienstleister (z.B. Service Provider, Host Provider), die von dem Auftraggeber oder einem Konzernunternehmen beauftragt sind oder werden, um die Software für den Auftraggeber oder ein Konzernunternehmen zu hosten, zu betreiben, zu verwalten oder sonstige outgesourcte Services zu erbringen (z.B.: Rechenzentrums-Outsourcing; Nutzungsbereitstellung der Software in Form des Application- Service-Providing (ASP)-Modells; Cloud Computing).
- 4.3. Die Rechtseinräumung gemäß der vorstehenden Ziffer 4.1 und Ziffer 4.2 umfasst ausdrücklich auch die Nutzungsrechte für bisher unbekannte Nutzungsarten mit der Maßgabe, dass das in diesen Fällen bestehende gesetzliche Widerrufsrecht des Urhebers unberührt bleibt.
- 4.4. Die Rechte an etwaigen durch die Nutzung der Software erzeugten oder im Rahmen der Nutzung der Software verarbeiteten oder genutzten Daten(beständen) verbleiben – unbeschadet der Rechte etwaiger Betroffener im Sinne des Datenschutzrechts – beim Auftraggeber bzw. dem Konzernunternehmen. Sämtliche Rechte an etwaigen vom Auftraggeber bzw. dem Konzernunternehmen unter Nutzung der Software erstellten schutzrechtsfähigen Arbeitsergebnissen stehen allein dem Auftraggeber bzw. dem Konzernunternehmen zu. Dies gilt insbesondere für etwaige Datenbanken und/oder Datenbankwerke.
- 4.5. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für etwaige eingebettete Firmware im Rahmen eines Vertrags über den Kauf oder die Miete von Hardware. Unter Firmware ist sowohl die Betriebssoftware als auch die grundlegende Software einer Hardware (z.B. BIOS) zu verstehen, die notwendig ist, um den Betriebssystemkern des eigentlichen Betriebssystems laden und betreiben zu können.
- 5. Gewährleistung, Leistungsstörung**
- 5.1. Im Falle einer Software- oder Hardwaremiete gelten die gesetzlichen Vorschriften zu Mängeln. Soweit die Parteien einen Software- oder Hardwarekauf vereinbart haben, gilt Ziffer 9 des Allgemeinen Teils A (Gewährleistung, Selbstvornahme, Verjährungshemmung) und Ziffer 16 des Allgemeinen Teils A (Freiheit von Rechten Dritter).
- 5.2. Im Fall eines Vertrags über die Erbringung von Softwarepflege- oder Hardwarewartungsleistungen findet Ziffer 4.2 von Abschnitt II dieses Besonderen Teils B, (Qualitative Leistungsstörungen im Rahmen von Dienstleistungen) Anwendung, soweit die jeweiligen Vertragsleistungen dienstvertraglich einzustufen sind. Soweit die Softwarepflege- und Hardwarewartungsleistungen werkvertraglich zu qualifizieren sind, gilt Ziffer 3.2 von Abschnitt II dieses Besonderen Teils B (Mängel bei Werkleistungen).
- 6. Lieferung der Software**



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- 6.1. Im Falle eines Softwarekaufs oder einer Softwaremiete wird der Auftragnehmer die Software entweder auf einem marktüblichen Datenträger an den im Vertrag benannten Lieferort versenden oder dem Auftraggeber zum Abruf über das Internet (Download) bereitstellen.
- 6.2. Bei körperlichem Versand der Software schließt die vereinbarte Vergütung die Lieferung der Software an die von dem Auftraggeber angegebene Versandadresse, einschließlich Verpackung und Transportversicherung ein (Bringschuld). Ist ausnahmsweise etwas Abweichendes vereinbart, so hat der Auftragnehmer Verpackung und Transport zum Selbstkostenpreis zu berechnen.
- 7. Fälligkeit bei Software- und/oder Hardwaremiete**
- Im Falle eines Mietverhältnisses über Software- und/oder Hardware wird, sofern im jeweiligen Vertrag nichts Abweichendes vereinbart ist, die vom Auftraggeber für die Überlassung der Software- und/oder Hardware geschuldete Vergütung (Miete) nach Ablauf der Zeitabschnitte fällig, nach denen sie bemessen ist.
- 8. Lieferung neuer Programmversionen**
- 8.1. Die Bestimmungen dieser Ziffer 8 finden nur im Falle einer Softwaremiete- und/oder Softwarepflegevertrags Anwendung.
- 8.2. Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber schriftlich (auch per Telefax oder E-Mail) die Verfügbarkeit eines neuen Releases der Software unaufgefordert und unverzüglich mit und überlässt dieses dem Auftraggeber auf dessen Verlangen. Ein neues Release ist ein neuer Entwicklungsstand der Software, der sich gegenüber dem vorherigen Entwicklungsstand im Funktions- und/oder Datenspektrum erheblich unterscheidet (z.B. Änderung der Versionsnummer von Version 4.5.7 zu 5.0.0).
- 8.3. Für Updates und Upgrades gilt Folgendes:
- 8.3.1. Der Auftragnehmer bietet dem Auftraggeber neue Versionen der Software ohne neue Funktionalität (nachfolgend „Updates“ genannt) sowie neue Versionen der Software mit zusätzlicher Funktionalität (nachfolgend „Upgrades“ genannt) an, sobald diese verfügbar sind.
- 8.3.2. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an neuen Releases, Updates und Upgrades der Software (gemeinsam „neue Programmversionen“ genannt) das Recht zur Nutzung in dem Umfang ein, wie der Auftraggeber zu der Nutzung der ursprünglich überlassenen Software durch den jeweiligen Softwareüberlassungsvertrag und etwaige Nutzungsrechtserweiterungen berechtigt war. Die von den Parteien im Hinblick auf die zu pflegende Software vereinbarten Regelungen zu Rückpflichten und Mängelrechten gelten entsprechend.
- 8.3.3. Der Auftraggeber ist berechtigt, Kopien von älteren Versionen der Software anzufertigen und aufzubewahren, um auf diese bei schwerwiegenden Mängeln neuer Programmversionen zurücksetzen zu können.
- 8.3.4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die erforderlichen Änderungen an der Dokumentation vorzunehmen und diese dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen.
- 9. Sicherungskopien**
- Werden dem Auftraggeber Nutzungsrechte an Software eingeräumt, ist der Auftraggeber berechtigt, von der Software zu Sicherungszwecken Kopien im erforderlichen Umfang herzustellen. Die einer ordnungsgemäßen Datensicherung dienenden Vervielfältigungen der Software sind Teil des bestimmungsgemäßen Gebrauchs.
- 10. Rückgabe- und Löschungspflicht, Exitmanagement**
- 10.1. Die in den nachfolgenden Ziffern 10.2 bis 10.4 enthaltenen Bestimmungen finden nur im Falle eines Vertrags über die Miete von Software und/oder Hardware Anwendung.
- 10.2. Im Falle der Vertragsbeendigung ist der Auftraggeber zur Rückgabe sämtlicher Originaldatenträger jeglicher zur Verfügung gestellter Software, und/oder der Hardware einschließlich der ihm überlassenen Dokumentation verpflichtet.
- 10.3. Die ordnungsgemäße Rückgabe umfasst ferner die vollständige und endgültige Löschung sämtlicher beim Auftraggeber gegebenenfalls vorhandener Kopien. Soweit beim Auftragnehmer Daten des Auftraggebers verblieben sind, sind auch diese vollständig und endgültig zu löschen.
- 10.4. Der Auftragnehmer kann auf die Rückgabe verzichten und die Löschung der Software sowie die Vernichtung der Dokumentation verlangen.
- 10.5. Im Falle eines Vertrags über die Miete von Software und/oder Hardware sowie im Falle eines Softwarepflege- und/ oder Hardwarewartungsvertrags kann der Auftraggeber im Falle der Vertragsbeendigung vom Auftragnehmer unabhängig vom zugrunde liegenden Beendigungsgrund verlangen, die jeweilige Vertragsleistung für einen angemessenen Übergangszeitraum nach Vertragsende weiterhin zu den geltenden Vertragsbedingungen zu erbringen.
- 11. Hotline, Ticket-System, Dokumentation von Instandhaltungsleistungen (nur Software- und Hardwarewartung)**
- 11.1. Die Bestimmungen dieser Ziffer 11 finden nur im Falle eines Softwarepflege- und/oder Hardwarewartungsvertrages Anwendung.
- 11.2. Der Auftragnehmer richtet eine gebührenfreie Telefonnummer ein, unter welcher der Auftraggeber den Auftragnehmer an Werktagen (alle Tage einer Woche von Montag bis einschließlich Samstag unter Ausschluss bundeseinheitlicher gesetzlicher Feiertage)



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- während der in dem jeweiligen Vertrag vereinbarten Servicezeiten kontaktieren und Fehlerbeseitigungs- bzw. Störungsbeseitigungsmaßnahmen gemäß der nachfolgenden Ziffern abfragen kann. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass Hotlineanrufer spätestens nach der in dem jeweiligen Vertrag vereinbarten Wartezeit mit einem fachkundigen Mitarbeiter verbunden werden.
- 11.3. Sämtliche Meldungen – unabhängig ob sie telefonisch, schriftlich oder per E-Mail eingehen – werden vom Auftragnehmer einschließlich der vollständigen Bearbeitungshistorie und der relevanten Reaktions- und Fehlerbeseitigungsfristen, in einem Help-Desk-System dokumentiert und mit einem Ticket versehen. Offene und geschlossene Tickets sind während der Vertragslaufzeit für den Auftraggeber in dem Help-Desk-System online zum Abruf bereitzuhalten. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer den Auftraggeber in einem angemessenen, von dem Auftraggeber vorgegebenen Format monatlich Bericht über die offenen und geschlossenen Tickets des vorhergehenden Monats zu erstatten.
- 11.4. Im Rahmen der Hardwarewartung ist die Durchführung von Instandhaltungsmaßnahmen von dem Auftragnehmer zu dokumentieren und hat insbesondere folgende Angaben zu umfassen:
- (a) Genaue Bezeichnung der betroffenen Hardware (Typ/Nummer/Modell),
 - (b) Beschreibung der jeweiligen Instandhaltungsmaßnahmen,
 - (c) Beginn und Dauer der Instandhaltungsmaßnahmen.
- 11.5. Die Dokumentation nach Ziffer 11.4 ist von einem autorisierten Mitarbeiter des Auftraggebers zu unterzeichnen. Die unterzeichnete Dokumentation ist – insbesondere im Hinblick auf die unterzeichneten Zeitangaben – für beide Parteien verbindlich.
- 12. Fehlerbeseitigung (Softwarepflege)**
- 12.1. Die Bestimmungen dieser Ziffer 12 finden nur im Falle eines Softwarepflegevertrages Anwendung.
- 12.2. Auftretende Fehler teilt der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter dem Auftragnehmer nach Wahl des Auftraggebers bzw. des von ihm beauftragten Dritten in Textform oder telefonisch unter Angabe der betroffenen Programmkomponente, der vorgenommenen Eingaben, der aktuellen Systemumgebung sowie der Reaktion der Software in möglichst präziser Weise mit.
- 12.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, innerhalb der im jeweiligen Vertrag vereinbarten Reaktionszeiten auf Fehlermeldungen zu reagieren und den Auftraggeber über die vorläufige Fehleranalyse und mögliche Umgehungsschritte zur Soforthilfe zu informieren sowie dem Auftraggeber eine Einschätzung zu übermitteln, wie und innerhalb welchen Zeitraums der Fehler voraussichtlich behoben werden kann. Dabei wird in drei Fehlerkategorien unterschieden: Kategorie 1 (schwerer Fehler), Kategorie 2 (mittlerer Fehler) und Kategorie 3 (leichter Fehler).
- 12.4. Die Einordnung eines Fehlers in die Fehlerkategorien der Ziffer 12.3 richtet sich nach folgenden Grundsätzen:
- (a) Ein „schwerer Fehler“ liegt vor, wenn eine wichtige Funktionalität einer Programmkomponente oder das Gesamtsystem so erheblich gestört ist und/oder eine Sicherheitslücke entsteht, so dass die wesentliche Funktionalität oder das Gesamtsystem nicht oder nur unter unzumutbarem Aufwand genutzt werden kann.
 - (b) Ein „mittlerer Fehler“ liegt vor, wenn eine Funktionalität einer Programmkomponente beeinträchtigt ist, das Gesamtsystem aber ansonsten weiterhin genutzt werden kann, ohne dass im täglichen Geschäftsablauf unzumutbarer Aufwand zur Umgehung des Fehlers notwendig ist.
 - (c) Ein „leichter Fehler“ liegt vor, wenn ein Fehler keine wesentlichen Auswirkungen auf eine Funktionalität einer Programmkomponente hat (z.B. sich lediglich auf das Layout auswirkt), so dass die Programmkomponente und das Gesamtsystem wie vorgesehen genutzt werden können.
- 12.5. Die Zuordnung eines Fehlers zu den vorgenannten Fehlerkategorien erfolgt nach billigem Ermessen durch den Auftraggeber.
- 12.6. Die Reaktionszeit berechnet sich ab dem Eingang der Meldung der Störung innerhalb der Servicezeit und läuft während der Servicezeiten.
- 12.7. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Fehler innerhalb der in dem jeweiligen Vertrag vereinbarten Zeiträume zu beseitigen. Die Beseitigungszeit berechnet sich ab dem Eingang der Meldung der Störung innerhalb der Servicezeit und läuft während der Servicezeiten.
- 12.8. Ist die Fehlerbehebung nur mit unverhältnismäßigem und unzumutbarem Aufwand möglich, ist der Auftragnehmer ausnahmsweise berechtigt, eine dem Auftraggeber zumutbare Ersatzlösung bereitzustellen, sofern diese die volle Funktionalität der Software wiederherstellt.
- 12.9. Werden Fehler innerhalb der jeweiligen Beseitigungszeit vom Auftragnehmer nicht oder nicht derart beseitigt, dass die Software bestimmungsgemäß genutzt werden kann, ist der Auftraggeber nach vorheriger Benachrichtigung des Auftragnehmers in Textform berechtigt, den Fehler entweder selbst zu beseitigen oder einen Dritten mit der Fehlerbeseitigung zu beauftragen. Die hierbei entstehenden Kosten sind von dem Auftragnehmer zu tragen, es sei denn, dass dieser die Nichtbeseitigung bzw. nicht ordnungsgemäße Beseitigung des Fehlers nicht zu vertreten hat. Weitergehende gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Insbesondere ist der Auftraggeber in diesem Fall zur fristlosen Kündigung des Vertrages gemäß AT Ziffer 3 (Recht zur außerordentlichen Kündigung) berechtigt.



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- 12.10. Sofern zwischen den Parteien eine Fernpflege mit direktem Zugriff auf das Computersystem des Auftraggebers (ggfs. einschließlich Konzernunternehmen) vereinbart ist, wird der Auftragnehmer die von dem Auftraggeber festgelegten Zugriffsmethoden, Sicherheitsmaßnahmen etc. akzeptieren und anwenden.
- 13. Instandsetzung, Störungsbeseitigung (Hardwarewartung)**
- 13.1. Die Bestimmungen dieser Ziffer 13 finden nur im Falle eines Hardwarewartungsvertrages Anwendung.
- 13.2. Auftretende Störungen teilt der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter dem Auftragnehmer nach Wahl des Auftraggebers bzw. des von ihm beauftragten Dritten in Textform oder telefonisch unter Angabe der betroffenen Hardware sowie der für die Störungsbeseitigung zweckdienlichen Informationen in möglichst präziser Weise mit.
- 13.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, innerhalb der in dem jeweiligen Vertrag vereinbarten Reaktionszeiten auf Störungsmeldungen zu reagieren und den Auftraggeber über die vorläufige Störungsanalyse und mögliche Umgehungsschritte zur Soforthilfe zu informieren sowie dem Auftraggeber eine Einschätzung zu übermitteln, wie und innerhalb welchen Zeitraums die Störung voraussichtlich behoben werden kann. Dabei wird in drei Störungskategorien unterschieden: Kategorie 1 (schwere Störung), Kategorie 2 (mittlere Störung) und Kategorie 3 (leichte Störung).
- 13.4. Die Einordnung einer Störung in die Störungskategorien der Ziffer 13.3 richtet sich nach folgenden Grundsätzen:
- (a) Eine „schwere Störung“ liegt vor, wenn die Störung die Nutzung der Hardware unmöglich macht oder nur mit schwerwiegenden Einschränkungen erlaubt.
 - (b) Eine „mittlere Störung“ liegt vor, wenn die Störung die Nutzung der Hardware mehr als nur unwesentlich einschränkt, ohne dass eine schwere Störung vorliegt.
 - (c) Eine „leichte Störung“ liegt vor, wenn die Störung die Nutzung der Hardware nur unwesentlich einschränkt.
- Die Zuordnung einer Störung zu den vorgenannten Störungskategorien erfolgt nach billigem Ermessen durch den Auftraggeber.
- 13.5. Die Reaktionszeit berechnet sich ab dem Eingang der Meldung der Störung innerhalb der Servicezeit und läuft während der Servicezeiten.
- 13.6. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Störungen innerhalb der in dem jeweiligen Vertrag vereinbarten Zeiträume zu beseitigen.
- 13.7. Die Beseitigungszeit berechnet sich ab dem Eingang der Meldung der Störung innerhalb der Servicezeit und läuft während der Servicezeiten.
- 13.8. Werden Störungen innerhalb der Beseitigungszeit vom Auftragnehmer nicht oder nicht derart beseitigt, dass die Hardware bestimmungsgemäß genutzt werden kann, ist der Auftraggeber nach vorheriger Benachrichtigung des Auftragnehmers in Textform berechtigt, die Störung entweder selbst zu beseitigen oder einen Dritten mit der Störungsbeseitigung zu beauftragen. Die hierbei entstehenden Kosten sind von dem Auftragnehmer zu tragen, es sei denn, dass dieser die Nichtbeseitigung bzw. nicht ordnungsgemäße Beseitigung der Störung nicht zu vertreten hat. Weitergehende gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Insbesondere ist der Auftraggeber in diesem Fall zur fristlosen Kündigung des Vertrages gemäß AT Ziffer 3 (Recht zur außerordentlichen Kündigung) berechtigt.
- 14. Beratungsleistungen**
- 14.1. Die Bestimmungen dieser Ziffer 14 finden nur im Falle eines Softwarepflege- und/oder Hardwarewartungsvertrages Anwendung.
- 14.2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber bei etwaigen Anwendungsproblemen sowie Fehlfunktionen in Verbindung mit der Software und/oder der Hardware durch die kurzfristige Beantwortung von diesbezüglichen Fragen per Telefon, E-Mail oder Fax zu beraten und zu unterstützen. Der Auftragnehmer stellt diese Leistungen an allen in der Bestellung vereinbarten Werktagen zur Verfügung. Werktage im Sinne dieser Ziffer sind alle Tage einer Woche von Montag bis einschließlich Samstag unter Ausschluss bundeseinheitlicher Feiertage.
- 15. Ort der Leistung**
- Soweit die Leistungen nicht via Fernwartung erbracht werden können oder nach der jeweils getroffenen Vereinbarung nicht via Fernwartung erbracht werden sollen, hat der Auftragnehmer die Pflege- bzw. Wartungsleistungen vor Ort an dem jeweiligen Installationsort der Software bzw. dem Standort der Hardware nach Maßgabe der Deutsche Bank Policies und Weisungen (AT Ziffer 18.6) zu erbringen. Der Auftragnehmer ist nur bei entsprechender gesonderter Vereinbarung berechtigt, für Vor-Ort-Leistungen bei dem Auftraggeber ein gesondertes Entgelt zu verlangen. In jedem Fall hat der Auftragnehmer vor derartigen Zusatzleistungen vor Leistungsbeginn in Textform mitzuteilen, welche Kosten höchstens anfallen.
- II. Dienst- und Werkvertragsleistungen (einschließlich solcher zur Erstellung von Individualsoftware und Beratungsleistungen)**
- 1. Anwendbarkeit**
- Die unter diesem Besonderen Teil B, Abschnitt II. genannten Bedingungen gelten für alle Dienst- und Werkvertragsleistungen, einschließlich solcher zur Erstellung von Individualsoftware und von Beratungsleistungen.



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- | | |
|--|---|
| <p>2. Vertragsgegenstand</p> <p>2.1. Soweit der Auftraggeber den Auftragnehmer mit der Erstellung eines Werkes beauftragt hat, handelt es sich um einen Werkvertrag.</p> <p>2.2. Schuldet der Auftragnehmer die Erbringung von Diensten, ohne dass ein bestimmter Erfolg geschuldet ist, handelt es sich um einen Dienstvertrag.</p> <p>2.3. Gegenstand und Umfang der geschuldeten Leistung ergeben sich aus dem jeweiligen Vertrag.</p> <p>3. Sonderregelungen für Werkvertragsleistungen</p> <p>3.1. Abnahme bei Werkleistungen</p> <p>3.1.1. Sofern im Vertrag nicht Abweichendes vereinbart ist, gelten für die Abnahme die nachfolgenden Bestimmungen dieser Ziffer 3.</p> <p>3.1.2. Der Auftragnehmer hat das Werk geprüft und abnahmefähig zum vereinbarten Termin bereitzustellen. Der Auftraggeber ist berechtigt zu prüfen, ob das Werk mangelfrei ist. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber auf Verlangen bei der Prüfung und etwaigen Durchführung von Tests zu unterstützen.</p> <p>3.1.3. Nach erfolgreicher Durchführung der Prüfung (z.B. durch einen Test) ist der Auftraggeber zur Abnahme des Werks verpflichtet, sofern keine Mängel festgestellt wurden. Der Auftraggeber hat die Abnahme schriftlich zu erklären; festgestellte Mängel sind zu dokumentieren.</p> <p>3.1.4. Bei erklärter Abnahme sind Mängel, welche die Abnahmefähigkeit nicht wesentlich beeinträchtigen, im Rahmen der Gewährleistung von dem Auftragnehmer unverzüglich zu beseitigen. Gleiches gilt für Mängel, die nach der Abnahme festgestellt werden.</p> <p>3.1.5. Sofern der Auftraggeber sich nicht innerhalb von 6 Wochen nach Abschluss der Prüfungen nach Ziffer 3.1.3 zur Abnahme äußert, z.B. die Abnahme unter Angabe mindestens eines Mangels verweigert, so gilt die Abnahme als erteilt, sofern und soweit der Auftragnehmer den Auftraggeber schriftlich nach Abschluss der Prüfungen zur Erklärung der Abnahme aufgefordert und auf die Konsequenz einer Nichtäußerung hingewiesen hat.</p> <p>3.2. Mängel bei Werkleistungen</p> <p>Der Auftragnehmer verpflichtet sich, das Werk frei von Mängeln an den Auftraggeber zu liefern. Ein Mangel liegt insbesondere dann vor, wenn das Werk nicht den Bestimmungen entspricht, die vertraglich vorgesehen sind oder, falls nichts vereinbart ist, sich nicht für die gewöhnliche Verwendung eines entsprechenden Werkes eignet. Vorbehaltlich der in AT Ziffer 9 getroffenen Regelungen gelten im Übrigen die gesetzlichen Vorschriften zu Mängeln.</p> | <p>4. Sonderregelungen bei Dienstvertragsleistungen</p> <p>4.1 Leistungserbringung, Leistungserfassung und Vergütung</p> <p>4.1.1. Der Auftragnehmer ist für die Organisation und Ausführung der von ihm zu erbringenden Dienstleistungen verantwortlich. Der Auftragnehmer ist insbesondere für die Wahl und Organisation seines Personals allein verantwortlich und bleibt diesbezüglich ausschließlich weisungsbefugt. Für die Erbringung der Dienstleistung relevante Informationen über den Geschäftsbetrieb des Auftraggebers sollen dem Auftragnehmer mitgeteilt werden, welcher die Interessen des Auftraggebers zu berücksichtigen hat. Der Auftraggeber behält sich jedoch das Recht vor, den Auftragnehmer aus sachlichen Gründen zur Ersetzung eines Mitarbeiters zu veranlassen.</p> <p>4.1.2. Die vom Auftragnehmer erbrachten Dienstleistungen werden monatlich nach Aufwand im Nachhinein abgerechnet. Abschlagszahlungen bzw. Teilzahlungen werden nicht erbracht.</p> <p>4.1.3. Der Gesamtauftragswert der jeweiligen Bestellung gilt als Höchstbegrenzung und darf nicht überschritten werden. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch darauf, dass vereinbarte Budgets ausgeschöpft werden. Sofern sich abzeichnet, dass vereinbarte Budgets überschritten werden, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich Mitteilung zu machen. Mit Budgeterreicherung sind die Dienstleistungen einzustellen, sofern nicht der Auftraggeber eine andere schriftliche Weisung erteilt.</p> <p>4.1.4. Der Auftragnehmer wird Tätigkeitsnachweise erstellen, welche dem Auftraggeber unverzüglich zur Prüfung vorzulegen, von diesem abzuzeichnen und von dem Auftragnehmer der Rechnung beizufügen sind.</p> <p>4.1.5. Das Unterzeichnen des Tätigkeitsnachweises beziehungsweise die Freigabe der Erfassung im jeweiligen Zeiterfassungssystem stellt kein Anerkenntnis im Hinblick auf die Ordnungsgemäßheit bzw. Güte der Leistung dar.</p> <p>4.1.6. Leistungen, über die keine vom Auftraggeber abgezeichneten Tätigkeitsnachweise oder von diesem anderweitig, insbesondere IT-gestützt, freigegebenen Zeiterfassungs- oder Tätigkeitsnachweise vorliegen, gelten als nicht erbracht und lösen somit keine Vergütungspflicht beim Auftraggeber aus.</p> <p>4.1.7. Die Vergütung der Leistungen erfolgt – soweit nicht im jeweiligen Vertrag Abweichendes vereinbart ist – auf Tagesbasis; ein Tagessatz beträgt dabei mindestens 8 Arbeitsstunden je Kalendertag. Pausenzeiten werden nicht vergütet. Minderstunden werden entsprechend anteilig vergütet. Mehrstunden werden nicht vergütet. Eine Übertragung von Stunden auf andere Kalendertage ist nicht zulässig.</p> <p>4.1.8. Es werden ausschließlich Leistungen, die innerhalb des beauftragten Leistungszeitraumes liegen, abgerechnet.</p> |
|--|---|



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- 4.2 Qualitative Leistungsstörungen im Rahmen von Dienstleistungen**
- 4.2.1 Werden die Dienstleistungen vom Auftragnehmer nicht vertragsgemäß erbracht und hat der Auftragnehmer dies zu vertreten, so ist er verpflichtet, die jeweilige Leistung ohne Mehrkosten für den Auftraggeber innerhalb angemessener Frist vertragsgemäß zu erbringen. Voraussetzung ist eine Rüge des Auftraggebers, die unverzüglich zu erfolgen hat, spätestens innerhalb von 6 Wochen nach Kenntniserlangung von der nicht vertragsgemäßen Leistungserbringung.
- 4.2.2 Gelingt die vertragsgemäße Erbringung der Dienstleistung aus vom Auftragnehmer zu vertretenden Gründen auch innerhalb einer vom Auftraggeber ausdrücklich zu setzenden angemessenen Nachfrist in wesentlichen Teilen nicht, ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag fristlos gemäß AT Ziffer 3 (Recht zur außerordentlichen Kündigung) zu kündigen. In diesem Falle hat der Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung aufgrund des Vertrages erbrachten Leistungen. Die Vergütung entfällt nur für solche Leistungen, für die der Auftraggeber nachweist, dass sie für ihn nicht oder nicht anderweitig nutzbar und ohne Interesse sind.
- 4.2.3 Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers nach Maßgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen bleiben unberührt.
- 5. Nutzungsrechte zugunsten des Auftraggebers im Rahmen von Dienst- oder Werkleistungen, Endproduktokumentation, Quellcode, Open Source**
- 5.1 An den im Rahmen von Dienst- oder Werkleistungen erstellten Entwicklungsergebnissen räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber vorbehaltlich der nachfolgenden Ziffer 5.2 die in Ziffer 15 (Nutzungsrechte) des Allgemeinen Teils dieser Bedingungen vorgesehenen Rechte ein.
- 5.2 Soweit das Entwicklungsergebnis in der Erstellung von Individualsoftware besteht, gelten für die Rechtseinräumung in Abweichung zu Ziffern 15.1 und 15.2 des Allgemeinen Teils dieser Bedingungen die Bestimmungen der nachfolgenden Ziffern 5.3 und 5.4. Zudem gelten ergänzend die Bestimmungen der nachfolgenden Ziffern 5.5 und 5.6. Ziffern 15.3 und 15.4 des Allgemeinen Teils dieser Bedingungen bleiben unberührt.
- 5.3 Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an dem Entwicklungsergebnis ausschließliche, mit der Vergütung bereits abgegoltene, unwiderrufliche, inhaltlich, räumlich und zeitlich unbeschränkte, unterlizenzierbare und übertragbare Nutzungsrechte ein.
- 5.4 Die dem Auftraggeber vom Auftragnehmer an dem Entwicklungsergebnis eingeräumten Nutzungsrechte umfassen insbesondere die nachfolgenden Rechte:
- (a) die dauerhafte oder vorübergehende Vervielfältigung des Entwicklungs-
- ergebnisses, ganz oder teilweise, mit jedem Mittel und in jeder Form, insbesondere anlässlich des Ladens, Anzeigens, Ablauflassens, Übertragens oder Speicherns des Entwicklungsergebnisses,
- (b) die Übersetzung, die Bearbeitung, das Arrangement und andere Umarbeitungen des Entwicklungsergebnisses, einschließlich des Rechts, die erzielten Ergebnisse zu vervielfältigen,
- (c) das Recht, das Original oder Vervielfältigungstücke des Entwicklungsergebnisses in jeder Form zu verbreiten, einschließlich des Rechts, das Entwicklungsergebnis zu vermieten,
- (d) das Recht, das Entwicklungsergebnis drahtgebunden oder drahtlos öffentlich wiederzugeben, einschließlich des Rechts zur öffentlichen Zugänglichmachung in der Weise, dass es Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl zugänglich ist,
- (e) das Nutzungs-/Zugriffsrecht durch bzw. für IT-Dienstleister (z.B. Service Provider, Host Provider), die vom Auftraggeber oder einem Konzernunternehmen beauftragt sind oder werden, um das Entwicklungsergebnis für den Auftraggeber oder ein Konzernunternehmen zu hosten, zu betreiben, zu verwalten oder sonstige Leistungen zu erbringen (z.B. Rechenzentrumsleistungen; Nutzungsbereitstellung in Form des Application Service-Providing (ASP)-Modells; Cloud Computing).
- 5.5 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber über die Verwendung von Open Source Software zur Erstellung der Entwicklungsergebnisse vorab informieren; es gelten die Regelungen des AT Ziffer 16, insbesondere Ziffer 16.5 (Open Source Software).
- 5.6 Der Auftragnehmer hat den Quellcode des Entwicklungsergebnisses nach erfolgter Abnahme vollständig an den Auftraggeber herauszugeben. Zu dem Quellcode zählt nicht nur der reine Programmcode, sondern auch eine diesen ausführlich beschreibende und erläuternde Programmdokumentation. Sie muss einen Umfang haben, der so bemessen ist, dass nach angemessener Einarbeitungszeit der Aufbau und die Arbeitsweise des Programms verstanden werden.
- 5.7 Der Auftragnehmer ist auf Wunsch des Auftraggebers verpflichtet, - abweichend von Ziffer 5.6 - den Quellcode bei einem unabhängigen Dritten in der Weise zu hinterlegen, dass der Auftraggeber auf den Quell-Code Zugriff nehmen kann, falls die Zwangsvollstreckung in die Software betrieben, das Insolvenzverfahren oder ein ähnliches ausländisches Verfahren über das Vermögen des Auftragnehmers eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird, oder der Auftragnehmer auf andere Weise die Verfügungsmacht über die Software verliert.
- 6. Verwendung bereitgestellter Mittel und Nutzungsrechte des Auftraggebers**
- 6.1 Alle von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellten technischen Ressourcen (z.B.



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

- Hardware, Programme, Datenübertragungskapazitäten und andere infrastrukturelle Ressourcen) und jegliche personelle Unterstützung dürfen nur im Interesse des Auftraggebers und nach den Anweisungen des Auftraggebers genutzt werden.
- 6.2 Die Vervielfältigung und/oder Verbreitung von Programmen und/oder Daten, die vom Auftraggeber auf den Computern und/oder Systemen des Auftragnehmers zur Verfügung gestellt werden, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers, und diese Vervielfältigung und Verbreitung erfolgt in strikter Übereinstimmung mit den Anweisungen des Auftraggebers. Gleiches gilt für die Übertragung eines Programms durch den Auftragnehmer auf einen der Computer des Auftraggebers. Der Auftraggeber ist berechtigt, bestimmte Kontrollprozesse durch IT-Lösungen oder andere Methoden einzusetzen, um sicherzustellen, dass die von dem Auftraggeber bereitgestellten technischen Ressourcen und sonstigen Einrichtungen nicht für andere Zwecke als die Dienstleistungen des Auftraggebers verwendet werden.
- 6.3 Bei missbräuchlicher Verwendung der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Mittel haftet der Auftragnehmer für alle Verluste oder Schäden, die dem Auftraggeber dadurch entstehen, dass Dritte Schadenersatz wegen unbefugter Nutzung verlangen, sowie für andere Kosten, die dem Auftraggeber durch den Missbrauch entstehen.
- III. Bau- und Architektenleistungen**
- 1. Anwendbarkeit**
- Die unter diesem Besonderen Teil B, Abschnitt III. genannten Bedingungen gelten für die Bestellung von Architekten- und Ingenieurleistungen nach HOAI sowie Bauleistungen nach VOB Teil B und C.
- 2. Vertragsgegenstand**
- Gegenstand sind die in der Bestellung näher spezifizierten, dem Auftragnehmer zur vollständigen Ausführung einschließlich der hierzu erforderlichen Nebenleistungen übertragenen Bau- und Architektenleistungen.
- 3. Grundlage der Leistungserbringung**
- Die Ausführung der übertragenen Bauleistungen erfolgt ausschließlich auf Grundlage der jeweils einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nach HOAI bzw. VOB Teil B und C sowie dieses Besonderen Teil B, Abschnitt III und den Ziffern 11,12, 13,14,15,16, 17,18 des Allgemeinen Teils A dieser Bedingungen, soweit individualvertraglich nicht etwas Abweichendes vereinbart worden ist.
- 4. Nutzungsrechte**
- 4.1 An den vom Auftragnehmer erbrachten urheberrechtlich geschützten Leistungen und Arbeitsergebnissen, wie insbesondere den in der Bestellung näher spezifizierten Planungsleistungen, überträgt der Auftragnehmer dem Auftraggeber das ausschließliche, zeitlich und geographisch unbegrenzte Nutzungsrecht. Mit eingeschlossen ist das Bearbeitungsrecht.
- 4.2 Die vorstehende Nutzungsrechtsübertragung umfasst insbesondere das Recht des Auftraggebers, die Leistungen und Arbeitsergebnisse – ganz oder in Teilen – zu vervielfältigen, einschließlich der Errichtung der unter der Bestellung vereinbarten Baumaßnahme. Mit eingeschlossen ist ferner das Recht, die Leistungen und Arbeitsergebnisse, einschließlich der errichteten Baumaßnahme bzw. Vervielfältigungen hiervon, – ganz oder in Teilen – zu veröffentlichen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben, wie insbesondere öffentlich zugänglich zu machen und zu senden.
- 4.3 Die Nutzungsrechte beinhalten weiterhin das Recht des Auftraggebers, Änderungen und Bearbeitungen an den Leistungen und Arbeitsergebnissen sowie der auf deren Grundlage errichteten Baumaßnahme vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen, einschließlich An- und Umbauten, Umgestaltungen, Erweiterungen, Nutzungsänderungen, Reparaturen und Modernisierungen, soweit damit keine Entstellungen des Werks verbunden sind und dies dem Auftragnehmer unter Abwägung der Urheber- und Eigentümerinteressen zuzumuten ist.
- 4.4 Der Auftraggeber ist berechtigt, die Nutzungsrechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen sowie Dritten hieran weitere Nutzungsrechte einzuräumen.
- 4.5 Mit der in der Bestellung vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit vorstehender Nutzungsrechtsübertragung abgegolten.
- 4.6 Genießen die Leistungen des Auftragnehmers keinen Urnehmerschutz, so kann der Auftraggeber die Planung des Auftragnehmers für die in der Bestellung genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen und ändern. Dasselbe gilt auch für ausgeführte Werke.
- 4.7 Die vorstehenden Bestimmungen bleiben von einer Beendigung des jeweiligen Vertrags unberührt. Im Falle einer Kündigung des jeweiligen Vertrags, gleich aus welchem Grunde, umfasst die Nutzungs-rechtsübertragung diejenigen Arbeitsergebnisse und Leistungen, die der Auftragnehmer bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung geschaffen hat.
- C. Besondere Rechtliche Anforderungen – Jurisdiktionen)**
- 1. UK Tax Compliance**
- Sofern der Auftragnehmer oder seine Subunternehmer Personen zur Leistungserbringung einsetzen, welche im Vereinigten Königreich steueransässig sind oder sich bei der Leistungserbringung im Vereinigten Königreich physisch aufhalten, gelten die Regelungen in der englischen Fassung der Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen unter Part C (Special Legal Requirements – Jurisdiction) UK Tax Compliance.



Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen



General Terms and Conditions of Purchase and Order

Applicability of the General Terms and Conditions of Purchase and Order

These General Terms and Conditions of Purchase and Order (hereinafter referred to as "the **Conditions**") apply to all orders placed by Deutsche Bank Aktiengesellschaft for the procurement of supplies and services and by the companies affiliated with Deutsche Bank Aktiengesellschaft (hereinafter referred to as "the **Customer**"). These Conditions apply only if the contractor is an entrepreneur, a legal person governed by public law or a special fund governed by public law (hereinafter referred to as "the **Contractor**"). The Conditions are divided into a General Part (A), a Special Part (B) and Part (C) Special Legal Requirements – Jurisdiction. **Contractors' general terms and conditions of business shall not apply**, even if they are referred to in the tenders or commercial confirmations or other documents of the Contractors. Acceptance of bids from Contractors or of deliveries and services, and/or the payment thereof, does not constitute acceptance of the general terms and conditions of the Contractors. **Different individual agreements between the parties shall take precedence over these Conditions.**

A. General Part

1 Purchase orders, rule hierarchy, change procedure

- 1.1 On the basis of these Conditions, the Customer will order goods and/or services from the Contractor. The order may be made in writing or in text form. Orders placed via the Customer's electronic purchasing and ordering system are also legally valid.
- 1.2 If the Customer does not receive notice of refusal from the Contractor within a reasonable time of no more than seven (7) working days after the order has been sent, the Contractor's silence shall be deemed to be unchanged acceptance of the order. However, the order, including its contents and conditions, shall be deemed to have been accepted by the Contractor upon the start of performance by the Contractor at the latest.
- 1.3 If a certain volume or quota of a specific service is ordered (hereinafter referred to as "Total Performance"), the Contractor shall have no claim to the actual full use of the Total Performance by the Customer.
- 1.4 If any confirmation of order by the Contractor deviates from the order, a contractual commitment shall only arise if the Customer agrees. The consent shall be given in the same manner in which the order was placed.
Any commercial confirmation letter from either the Contractor or the Customer shall not have any effect.
- 1.5 Cooperation between the parties shall be based on the following order of priority:
- the text of the order (excluding the tender of the Contractor);
 - the relevant conditions set out in Part C (Special Legal Requirements-Jurisdiction),
 - the relevant conditions set out in Part B (Special Part);
 - the conditions of Part A (General Part);
 - the Contractor's offer in relation to the technical content;
 - the relevant legal provisions.

In the event of a conflict between rules at the same level of hierarchy, the more specific rules shall apply.

- 1.6 Any requests for amendment made by the Customer shall be submitted in writing and shall contain sufficient information to enable the Contractor to assess the request for amendment. The Contractor shall be obliged to submit a realisation offer without undue delay, taking into account the request for amendment in its view, indicating the change in performance times, planned dates and cost implications. A request for amendment becomes binding if the parties agree in writing on the modification and its effect on the remuneration. The Contractor shall reject the Customer's request for amendment only for factual reasons.

2 Duration of contract, ordinary termination

- 2.1 Subject to divergent individual agreements of the parties and the regulations in the relevant conditions of Special Part B, Sections I to III, the parties shall conclude an open-ended contract in the case of permanent debt contracts. The parties have the right to terminate the contract at any time with a period of 3 months at the end of each month. If the Contractor cancels, it will assist in transferring the services to a subsequent provider within the limits of reasonable time.
- 2.2 Termination requires written form; text form is not sufficient (see Paragraph 21.3).

3 Right of extraordinary termination

- 3.1 In addition to the statutory provisions for the termination of permanent debt contracts, the Customer shall have the right to extraordinary termination on important grounds. In addition to the cases listed in these Conditions (General Part, Paragraph 17.2, 18.9, Special Part I 12.9, 13.8, Special Part II, 4.2.2), important grounds exist in particular if:
- the Contractor does not perform its services in the agreed or customary quality, despite warning from the Customer, and the adherence to the contract becomes unreasonable for the Customer as a result. This is especially the case if the Contractor is in default with the delivery/performance and a reasonable extension of the deadline by the Customer to fulfil the contract is fruitless.
 - the Contractor terminates its delivery/performance or the Contractor's financial situation deteriorates significantly, giving rise to doubts on the part of the Customer as to the Customer's financial stability as regards its ability to deliver and provide services.

- 3.2 Termination requires written form; text form is not sufficient (see Paragraph 21.3).

4 Delivery and performance dates, completion of installation and assembly services, delay

- 4.1 Agreed delivery and performance dates and deadlines are binding. The time of delivery or



General Terms and Conditions of Purchase and Order

- performance shall be determined by the receipt of the respective ordered deliveries and services at the agreed place of receipt (see Paragraph 20.1); for deliveries with assembly and assembly services, as well as for works and other services, production without defects is essential.
- 4.2 In the event of delay, the legal provisions shall apply, unless otherwise provided in the following provisions:
- 4.2.1 If the Contractor does not comply with delivery and execution dates/deadlines and is responsible for this, it shall be immediately in default without warning.
- 4.2.2 The Contractor shall inform the Customer without delay of any foreseeable delays in delivery and performance, stating the reasons and the expected length of the delay.
- 4.2.3 The unreserved acceptance of the delayed delivery/performance does not constitute a waiver of the statutory claims to which the Customer is entitled.
- 4.2.4 The Contractor shall only be entitled to early deliveries, services and non-contractually agreed partial deliveries/services with the consent of the Customer.
- 5 Delivery agreements**
- 5.1 If the parties have agreed on the provision of goods, the provisions of this Paragraph 5 shall apply.
- 5.2 Unless otherwise agreed in writing, the goods shall be delivered customs-cleared to the place of destination indicated in the order (building, floor, room, etc.). Delivery is free of charge. The risk shall not pass to the Customer or the authorised agent until the goods are delivered to the agreed destination, even if shipment has been agreed upon.
- 5.3 If the Contractor is also obliged to set up, assemble, install or perform other work in addition to the delivery, the risk shall only pass upon acceptance of these services. Unless otherwise agreed, acceptance shall be effected after completion of the work by reciprocal signature on an acceptance record.
- 5.4 The ownership of the delivered goods shall be transferred to the Customer at the latest upon payment.
- 5.5 The Contractor shall be obliged to attach to each delivery a delivery note describing the delivery with the following information from the Contractor:
- purchase order number (PO number),
 - order item,
 - the object of delivery,
 - the Customer's contracting entity,
 - the date of the order,
 - delivery note date,
 - delivery address,
 - the Customer's cost centre according to the order,
- information on the nature and extent of the delivery and the material and item number recorded in the order,
 - shipment method (returnable packaging, if applicable).
- 5.6 The signing of a delivery note confirms only the physical transport of the goods to the area of jurisdiction of the Customer, but does not confirm their completeness or absence of defects.
- 6 Obligation to provide personal services, subcontractors**
- 6.1 The Contractor shall be entitled to subcontract all or part of the deliveries or services to be provided by the Contractor only with the express prior written consent of the Customer. The Contractor shall be liable to the Customer for the proper performance of its contractual obligations, including the provision of goods and services as authorised by the Customer.
- 6.2 In addition, the Contractor undertakes to ensure that the subcontractor appointed by the Contractor complies with the provisions laid down here, in particular with regard to the provisions contained in Paragraphs 13 (Confidentiality, data protection), 17 (Staff, minimum wage, exemption) and 18 (Compliance with relevant regulations and laws, environmental protection and occupational health and safety, multitenancy).
- 6.3 Furthermore, the Customer expects to participate in cost savings by using a lower cost base, for example by using subcontractors.
- 7 Prices, rights of retention**
- 7.1 Unless otherwise agreed, the agreed prices shall be understood as fixed prices, plus the applicable statutory value added tax. Unless otherwise agreed in writing, the agreed prices shall cover all costs incurred for the performance of the contract, in particular packaging, transport, customs duties, insurance and, if agreed, set-up, assembly and installation (Incoterm: DDP, delivered duty paid).
- 7.2 The Customer shall be entitled to withhold any withholding/deduction taxes from the price to be paid and to pay them to the tax authorities on behalf of the Contractor, unless a valid exemption certificate from the Contractor has been submitted.
- 7.3 The Contractor's rights of retention shall be excluded, unless its claims have been established without dispute or have become final.
- 7.4 All rights granted in these Conditions, which are necessary for the performance of the contract, are settled with the agreed remuneration.
- 8 Due date of payment, terms of payment, cash discount, set-off, assignment**
- 8.1 The agreed payment to the Contractor shall be due when the service is provided in accordance with the contract and accepted (if legally provided or agreed) and when the verifiable invoice has been received by the organisational unit of the Customer that is indicated as the invoice address in the written order. If no invoice address is indicated, the



General Terms and Conditions of Purchase and Order

	organisational unit placing the order shall be considered to be the invoice recipient.	9	Warranty, self-help, suspension of limitation periods
8.2	No instalments or advance payments shall be made.	9.1	In the event of defects in the good/service, the Customer shall be entitled to the statutory rights, unless otherwise agreed in the following.
8.3	The invoice must contain the information required by the statutory regulations for the issue of invoices (in the case of services subject to value added tax in Germany, the information according to Section 14 et seq. of the Value Added Tax Act [Umsatzsteuergesetz] (UStG), particularly Section 14 (4) UStG). In addition, the invoice must contain the order number/PO number.	9.2	The Contractor shall be obliged to take quality assurance measures to prevent defects and to detect defects which have occurred. Against this background, the parties agree that the statutory duty of investigation and reprimand (Section 377 of the Commercial Code [Handelsgesetzbuch]) applies only in respect of obvious defects. Notification of obvious defects shall be provided by the Customer within fourteen (14) calendar days of receipt of the good/service.
8.4	The value added tax charged on the fee shall be reported, indicating the applicable tax rate. Alternatively, any applicable exemptions should be mentioned.	9.3	In the event of a fruitless request for cure after a reasonable period of time, and without prejudice to its other legal powers, the Customer shall have the right to remedy existing defects of the delivered goods itself or to have them rectified by third parties and to demand compensation from the Contractor for the necessary expenses (hereinafter also called the "Right of Self-help"). In cases of particular urgency, the Customer shall be entitled to exercise the Right of Self-help even after a correspondingly short period of notification or, if necessary in the event of an emergency, without setting a prior deadline. It is also not necessary to set a deadline in cases where the Customer is exempted from the requirement to set a deadline under the relevant legal provisions for its other rights of defect.
8.5	In the case of goods or other services provided within the European Union, the invoice must also contain the value added tax identification numbers of the Contractor and the Customer and, with regard to the tax exemption for the intra-Community provision of goods and services, the indication "intra-Community provision of goods and services". For other services, see Paragraph 8.6.	9.4	If the Contractor does not perform until after the expiration of a reasonable subsequent cure deadline, but before the Customer declares the withdrawal, the acceptance of the delayed delivery or service shall not imply any waiver of the Customer's claims for damages.
8.6	In the case of other services which are subject to value added tax in Germany and which are provided by foreign contractors, the tax liability shall pass to the Customer (Section 13a, Section 13b UStG). The Contractor may not state German value added tax in the invoices for these services. It shall indicate the transfer of the tax liability to the recipient in the invoice as follows: "Tax liability of the recipient".	9.5	The course of the statutory limitation periods for claims of the Customer due to defective goods and services and other breaches of duty shall be suspended as soon as the Customer has asserted its rights, in particular the right to cure, against the Contractor. The suspension shall continue until the Customer has accepted the performance or cure in writing as being in conformity with the contract or until the Contractor definitively refuses to fulfil the asserted claim against the Customer. Silence of the Contractor regarding the assertion of claims by the Customer shall not be considered a final refusal of performance in the aforementioned sense.
8.7	In the case of goods and other services provided by domestic contractors which pass the tax liability on to the Customer as in Paragraph 8.6 (Section 13a, Section 13b of the UStG), an invoice shall be issued without value added tax stated, but with the following reference to the transfer of the tax liability to the Customer: "Tax liability of the recipient".	9.6	The Contractor shall bear the costs and risk of returning goods which have been wrongly declared as not in conformity with the contract if it does not collect them at the place of receipt within a reasonable period set by the Customer.
8.8	If the Contractor brings objects into Germany from a third country in the course of providing the goods or the above-mentioned services, any import turnover taxes incurred thereby shall be borne by the Contractor. In the case of other services, the invoice shall also mention the liability of the Contractor.	10	Liability
8.9	Unless otherwise agreed, payments shall be made by the Customer either with a 2% discount within 10 days of receipt of the invoice or without a discount within 30 days. The above payment deadlines shall be extended as long as the Customer has legitimately demanded cure [Nacherfüllung] from the Contractor (e.g. Sections 439, 635 of the German Civil Code [Bürgerliches Gesetzbuch]) and the Contractor has not complied with therewith.	10.1	The parties shall be liable to each other without limitation for damage resulting from injury to life, limb or health which is caused by wilful or negligent breach of duty. The parties shall also be liable to each other without limitation for any other damage resulting from a wilful or grossly negligent breach of duty.
8.10	The Contractor may only offset claims against the Customer which are undisputed or have been found to be legally valid. The Contractor may assign claims against the Customer only with the consent of the Customer.		



General Terms and Conditions of Purchase and Order

- 10.2 In the event of damage caused by a simply negligent breach of such obligations which are fundamental to the appropriate and proper performance of the contract and in which the other party is entitled to trust and trust to perform accordingly (material contractual obligations), the parties shall be liable only to the typical and foreseeable damage only. unauthorised access by third parties. According to this provision, a trade secret is any information which, generally and/or specifically, is not generally known or readily accessible to persons in the circles normally dealing with this type of information and is therefore of economic value and, in the circumstances, is subject to appropriate confidentiality measures by its rightful holder and a legitimate interest in secrecy.
- 10.3 Other claims for damages are excluded subject to the following Paragraphs 10.4 and 10.5. 13.2 The rules referred to in Paragraph 13.1 shall also apply in respect of (other) confidential information provided by the Customer and its related undertakings, such as documents of any type or form (written, electronic, oral, digital or other form), which the Customer discloses directly or indirectly to the Contractor and which are evidently to be regarded as confidential or are to be regarded as such due to an objective horizon of recipients. Confidential information shall include trade secrets; products; manufacturing processes; know-how; inventions; business relationships; business strategies; business plans; financial planning; personnel matters: digitally embodied information (data); patterns, drawings, etc.; and the results or findings of the performance of the contract. These may not be disclosed or made available to third parties without the express written consent of the Customer. This does not apply if the transfer to internal and external employees, group members, consultants (e.g. auditors, tax advisers, business advisers) is required for the performance of the contract on a need-to-know basis and it is ensured that third parties are also subject to confidentiality obligations equivalent to the confidentiality obligations under this agreement.
- 10.4 The limitations of liability and the exclusions of liability pursuant to this Paragraph 10 shall not affect the liability of the parties according to the mandatory statutory provisions of the Product Liability Act [Produkthaftungsgesetz], due to the fraudulent concealment of a defect, due to delay, due to a culpable violation of third-party rights and the provision of a guarantee for the quality of the goods.
- 10.5 In the event of a Customer or other third party asserting a claim against the Customer due to product liability, the Contractor undertakes to indemnify the Customer against these claims and to reimburse all costs incurred by the Customer as a result, provided that the Contractor bears causal responsibility in the event of liability. Further statutory claims remain unaffected.
- 11 Insurance**
- 11.1 The Contractor shall obtain and maintain during the duration of the business relationship appropriate insurance cover from reputable third-party insurers with a financial strength rating of "A-" or better from A.M. Best or, if such credit ratings are no longer available, with a comparable credit rating from a recognised insurance credit rating agency. 13.3 The confidentiality requirements set out in this Paragraph 13 shall not apply to such information:
- which, at the time of disclosure, was already lawfully known or publicly available, or subsequently become public or accessible, without this being due to a breach of the provisions of the contract concluded in consideration of these conditions,
 - whose disclosure to third parties has been expressly permitted by the Customer in writing beforehand;
 - disclosed to the Contractor by a third party without this being due to a breach of the provisions of the contract concluded in consideration of these conditions,
 - that the Contractor must disclose to third parties by order of a competent court or authority or other entity, or by law, or by the rules of a stock exchange; however, the Contractor must take all reasonable steps to prevent or restrict the disclosure of the information to the greatest extent possible.
- 11.2 At the request of the Customer, the Contractor shall provide the Customer with insurance certificates issued by the respective insurance companies or insurance brokers.
- 11.3 The premiums and the related costs of such insurance shall be the sole responsibility of the Contractor and shall be borne by him or her.
- 12 Business contingency plans, information requirements**
- The Contractor shall ensure the agreed availability of the services due in the event of incidents and emergencies within the reasonable limits by means of appropriate business contingency plans, which shall be disclosed to the Contractor upon request, and shall inform the Contractor of the relevant plans without having been asked, provided that they have an influence on the order.
- 13 Confidentiality, data protection**
- 13.1 The Contractor undertakes to keep trade secrets of the Customer and its affiliated undertakings strictly confidential within the meaning of Directive (EU) 2016/943 or the act transposing Directive (EU) 2016/943 on the protection of trade secrets (Trade Secrets Act [Geschäftsgeheimnisgesetz]) and to adequately protect them from unlawful acquisition, exploitation and disclosure and 13.4 The confidentiality requirements for trade secrets set forth in Paragraph 13.1 and other confidential information set forth in Paragraph 13.2 shall continue to apply after the termination of the business relationship, but only until the other confidential information or trade secrets become public without this being due to a breach of this Paragraph 13.
- 13.5 The Contractor shall use information and documents which have become known to it or



General Terms and Conditions of Purchase and Order

- which are made available to it in the context of cooperation with the Customer only to fulfil its obligations under the contract. The same applies to data, results and other knowledge obtained under the contract.
- 13.6 In the case of goods or services relating to personal data, the Contractor undertakes to act exclusively according to the instructions of the Customer, to strictly comply with the data protection laws and regulations and to ensure that, if applicable, each of its employees respects the data secrecy obligations. Corresponding confidentiality obligations for employees shall be agreed upon and presented to the Customer upon request. In particular, the Contractor undertakes, in line with the current state of the art, to secure all information and data of the Customer against access by unauthorised third parties. If the Contractor has information that unauthorised third parties may have acquired knowledge of information or data belonging to the Customer, it shall immediately inform the Customer thereof and cooperate in the investigation of the matter and, if necessary, take steps to prevent future access.
- 13.7 In the case of goods or services to be provided in connection with the processing of the Customer's personal data by the Contractor as a data processor, the Customer's data protection agreement shall apply. This shall be agreed separately with the Contractor before the start of the service provision.
- 13.8 In addition, the Contractor undertakes to return on request all information, documents and data received after the good or service has been provided and not to exploit them commercially or to make them available to third parties after the termination of the business relationship. In addition, the Contractor will remove all data and information from its data processing facilities and surrender further storage media on request so that it is not possible to reconstruct the data, provided that it is technically possible and economically appropriate to do so. Upon request, this shall be confirmed in writing and proven to the Customer.
- 14 Name, logo, identity**
- The Contractor will not use the name, logo and identity of Deutsche Bank AG and all companies associated with Deutsche Bank AG without the prior written consent of Deutsche Bank AG or its affiliates.
- 15 Rights of use**
- 15.1 The Contractor shall be obliged to transfer to the Customer all intellectual property rights to the works eligible for protection and other work results (hereinafter referred to as "Development Results") which are specially produced for the Customer in the context of the order. The Customer has an unrestricted entitlement to these transferred rights solely in terms of content, space and time; said rights are sublicensable and transferable.
- 15.2 If it is not possible for legal reasons to transfer the rights referred to in Paragraph 15.1, the Contractor shall grant the Customer exclusive rights of use which are already covered by the remuneration, are irrevocable, are unlimited in terms of content, space and time, are sublicensable and are transferable for all uses. The rights of use granted include in particular the right to reproduce, disseminate (including making available to the public), process and redesign the Development Result (in particular by third parties) and the right to publish and exploit processed or redesigned Development Results.
- 15.3 The granting of rights in accordance with Paragraph 15.2 above expressly includes the rights of use for previously unknown uses, provided that the legal right of withdrawal of the author remains unaffected in these cases.
- 15.4 Once the contractually agreed services have been completed, the Customer shall at all times be entitled to require the Contractor to provide the Customer with all originals and copies of the Development Results, as well as all documentation and all other documents produced in connection with the provision of services, and to confirm this in writing. If copies are stored by the Contractor on computer-readable media, the Contractor shall be obliged to delete them irrevocably.
- 16 Freedom from third-party rights, Open Source Software**
- 16.1 The Contractor shall have the obligation to provide the supplies and services free of any rights of third parties and shall undertake to ensure that there are no other rights of third parties that restrict or exclude the use according to the content and purpose of the contract and the order.
- 16.2 The Contractor shall indemnify the Customer against all damage, necessary costs, disadvantages and claims of third parties arising against the Customer in connection with the assertion of third-party rights, provided that the Contractor is at fault. The parties will immediately notify each other in writing if claims against them are asserted for the violation of intellectual property rights.
- 16.3 If the contractual use is affected by proprietary rights or other rights of third parties, the Contractor shall, at the request of the Customer, modify either the contractual services in such a way that they are excluded from the scope of protection but nevertheless comply with the contractual provisions, or obtain the power to use them in full and without additional costs for the Customer in accordance with the contract to the extent reasonable, regardless of any culpability.
- 16.4 The Customer shall be entitled to enter into a potential dispute between the Contractor and a third party concerning the rights asserted by the Contractor at its own expense.
- 16.5 Open Source Software (*means open-source software as defined by the Open Source Initiative (<http://opensource.org>) or the Free Software Foundation (<http://www.fsf.org>)*): Contractor confirms that,
(i) Customers's right to use, install and/or deploy any Open Source Components (*means any Open Source Software which is incorporated or embedded into, combined or packaged with, or required to enable the use of, any supplies and/or*



General Terms and Conditions of Purchase and Order

- services provided pursuant to these Conditions*) is included within and subject to the licence granted to Customer by Contractor in relation to the supplies and/or services; and
- (ii) Contractor has all rights necessary to grant the right to use, install and/or deploy as described in (i) above.
- Contractor shall ensure, and remain responsible for, the ongoing suitability and compliance of all Open Source Components with all the requirements of these Conditions.
- Contractor shall support and remediate any Open Source Components including, at a minimum:
- (i) promptly notifying Customer of any Vulnerabilities (*means a weakness in the computational logic (for example, flaws, bugs or vulnerabilities in code, implementation, architecture or design) found in software and hardware components that, when exploited, results in a negative impact to confidentiality, integrity, or availability*) in the relevant Open Source Components of which Contractor becomes aware;
- (ii) as soon as reasonably possible, applying all generally available security patches applicable to the relevant Open Source Components; and
- (iii) where Contractor reasonably considers that a relevant Open Source Component is no longer actively maintained, replacing the component or taking all reasonable steps necessary to mitigate any identified Vulnerability.
- 17 Staff, minimum wage, exemption**
- 17.1 The Contractor shall be responsible for organising the services to be provided by the Contractor, in particular the selection and assignment of its own personnel. The Contractor shall also have the right to direct its own staff. The Contractor will only use employees to provide services who are allowed to perform their activities in accordance with the applicable labour and residence law. The Contractor will ensure that its quantitative and qualitative staffing is at all times sufficient to ensure proper performance. The Contractor will also ensure that its staff and their representatives have the necessary knowledge and experience depending on their tasks, competencies and responsibilities, and the Contractor will take appropriate measures to ensure that the level of qualification of the staff is adequate. The operational organisation and other operational circumstances of the Customer (e.g. security requirements, access rules) shall be disclosed to the Contractor to the extent necessary and shall be observed. Subject to data protection regulations, the Contractor will submit the necessary documents and evidence to the Customer (e.g. current police certificate). In particular, if access to the Customer's facilities or access to the Customer's IT systems is necessary in connection with performance of the contract, the Contractor may use only those employees who have been granted access or access authorisation in accordance with the Customer's policies.
- 17.2 If its employees or staff are employed in the Federal Republic of Germany, the Contractor undertakes to fulfil its statutory obligation to pay the minimum wage in accordance with all minimum wage regulations, including the German Minimum Wage Act [Mindestlohngesetz], in the sense of a principal obligation – also vis-à-vis the Customer. It shall also ensure, through its own audits and
- appropriate contractual arrangements, that its subcontractors or sub-tier contractors of which it makes use for the full or partial fulfilment of its duties also meet their obligations under the minimum wage regulations. In the event of a breach of this obligation, the Customer shall be entitled to extraordinary termination in accordance with Paragraph 3 of the Conditions (Right of extraordinary termination), subject to further rights. The Contractor shall indemnify the Customer against any claims that are made in the event of a breach of the minimum wage regulations by the Contractor or its subcontractors. Any limitation of liability shall not apply to this extent.
- 18 Compliance with relevant regulations and laws, Anti-Financial-Crime (AFC Laws), environmental protection and occupational health and safety, multitенancy, supply chains**
- 18.1 The Contractor undertakes to comply with all relevant provisions, standards, directives, regulations and laws. This concerns in particular AFC Laws (means all anti-fraud, anti-bribery and corruption, anti-money laundering, anti-facilitation of tax evasion, Export Controls, and Sanctions laws, rules or regulations with which the Contractor must comply. For the avoidance of doubt, "Sanctions" refers to any sanctions administered by the U.S. Department of the Treasury's Office of Foreign Assets Control, the U.S. Department of State, the United Nations Security Council, the European Union, Germany, Her Majesty's Treasury, or other relevant sanctions authority; and "Export Controls" refer to any export laws and regulations similar to US Export Administration Regulation and the International Traffic in Firearms Regulation), data protection laws and antitrust, labour and environmental legislation as well as Supply Chain Due Diligence Act obligations for the prevention of human rights violations in supply chains SCDDA) (Paragraph 18.9). The Contractor will ensure that the products it provides meet all relevant national and regulatory sales and distribution requirements. The Contractor will observe all foreign trade regulations applicable to the provision of goods and will in particular obtain all necessary export licences at its own responsibility and at its own expense. It shall demonstrate to the Customer its compliance with the obligations set out in this Paragraph 18.1 by submitting appropriate documents upon request.
- 18.2 The Contractor will only provide products (including packaging) or use techniques that take sufficient account of environmental protection requirements in terms of production, use and disposal. The Contractor's obligation to maintain the current state of the art, even if it goes beyond legal requirements or relevant standards, remains unaffected.
- 18.3 At the request of the Customer, the Contractor shall be obliged to take back and collect and dispose of packaging material free of charge. Upon request, appropriate proof of disposal in accordance with the law shall be provided. If the Contractor fails to fulfil this obligation, the Customer shall be entitled to have the collection and disposal carried out at the Contractor's expense.



General Terms and Conditions of Purchase and Order

- 18.4 If the goods or services are provided in Germany, the Contractor undertakes to comply with the Circular Economy Act [Kreislaufwirtschaftsgesetz] and the implementing laws, regulations and directives adopted for this purpose. In the case of waste covered by the statutory provisions and attributable to the Customer, all necessary data and evidence on waste accounting and waste management design shall be reported to or made available to the Customer. The Contractor indemnifies the Customer against all claims of third parties for violation of the aforementioned provisions and undertakes to compensate the Customer for all damages and costs which it is obliged to pay due to violations of the above provisions in connection with the performance of the contract.
- 18.5 In addition, the Contractor undertakes to forgo or refrain from any act which may result in criminal liability for fraud or embezzlement, offences in state of insolvency, anti-competitive offences, granting benefits, accepting benefits, giving bribes, taking bribes or similar offences committed by employees or other third parties.
- 18.6 The Contractor undertakes to comply with the respective Deutsche Bank policies and instructions relevant to the fulfilment of its obligation. These shall be communicated to the Contractor to the extent necessary.
- 18.7 Subject to the relevant data protection provisions or other applicable laws and regulations, the Contractor shall inform the Customer without delay of possible breaches of the obligations set forth in Paragraph 18 and of any allegations, proceedings, investigations or requests for information by a supervisory or governmental authority in relation to possible breaches by the Contractor or its subcontractors.
- 18.8 The Contractor may only provide services to other clients if it has ensured multitенancy for the provision of the contract services or if it provides the services to other clients through separate systems. In this sense, multitенancy requires a logical separation and mutual shielding of data stored and processed for the respective clients, including the possibility to support different and potentially changing client-specific business models. The Contractor must at all times be able to provide the services independently for its respective clients.
- 18.9 In order for Customer to be able to comply with its obligations under the Act on Corporate Due Diligence Obligations for the Prevention of Human Rights Violations in Supply Chains ("SCDDA") the Contractor shall comply with the human rights- and environment-related expectations concerning direct suppliers as set out in Customer's Policy Statement - Supply Chain Due Diligence Act (<https://www.db.com/what-we-do/responsibility/sustainability/responsible-banking/human-rights>) and appropriately address them along the supply chain. The Contractor agrees to cooperate with and support Customer in an appropriate manner, i.e., when Customer is preventing, ending or minimising human rights- or environment-related risks in the supply chain, carrying out annual and ad hoc risk analyses, and SCDDA related effectiveness reviews, or as otherwise reasonably required. The Contractor shall provide all necessary information, facts, and documents to support this cooperation. If Customer identifies the occurrence of an actual or imminent violation of a human rights- or an environment-related obligation, both parties shall without undue delay cooperate in taking remedial action to prevent, end, or minimise such violation. Should these actions exceed Contractor's appropriate efforts or capabilities Contractor and Customer will enter into discussion about the costs for these actions based on the nature and extend of the business, impact level, severity, the probability of violation and the contribution.
- 18.10 The Customer shall have the right to suspend the contract concluded under these Conditions with immediate effect and/or to terminate it exceptionally as defined in Paragraph 3 (Right of extraordinary termination) if the Customer is able to reasonably presume that the Contractor has failed to fulfil or has substantially violated any of the obligations agreed in this Paragraph 18.
- 19 Recovery measures, resolution event**
- 19.1 If the Customer or a financial institution related to the Customer within the Deutsche Bank Group is affected by measures taken by the supervisory authorities under the Recovery and Resolution Act [Sanierungs- und Abwicklungsgesetz], the rules of the EU Bank Recovery and Resolution Directive or other regulations implementing said directive at national level (hereinafter referred to as "Recovery Measures"), the Contractor undertakes to continue to provide its services under the contract in order to enable the Customer to continue to make use of the services or to enable it to transfer its performance obligations to the financial institution associated with it within the Deutsche Bank Group or, where appropriate, to a new legal entity to which the components and/or assets of the Customer or the financial institution associated with the Customer within the Deutsche Bank Group are transferred (known as a bridge bank). If this leads to changes in performance and/or demonstrated additional costs on the part of the Contractor, Paragraph 1.6 or Part A shall apply to any adjustment of the remuneration or remuneration for any additional costs, provided the underlying additional costs are not already covered by the existing remuneration. The Contractor shall otherwise be entitled to the contractual remuneration for its services from the date of the resolution event.
- 19.2 In the event of Recovery Measures, the Contractor will not exercise any potential rights of termination to which it is entitled under the contract for the duration of the transitional period for the completion of the Recovery Measures set for the Customer (or the financial institution associated with the Customer within the Deutsche Bank Group) by the supervisory authorities or by third parties appointed by the supervisory authorities, unless the reason for termination is independent of the Recovery Measures or the events that lead to the supervisory authorities taking the Recovery Measures. To the extent necessary for the implementation of the Recovery Measures, the parties will conclude or adapt the appropriate agreements with the acting supervisory authorities or third parties appointed by them. Within the scope of its contractual obligations, the Contractor



General Terms and Conditions of Purchase and Order

will cooperate fully with the supervisory authorities, the third parties appointed by the latter and the Customer and will carry out the appropriate acts necessary to implement the Recovery Measures.

20 Place of performance, applicable law, place of jurisdiction

20.1 The place of performance shall always be the place to which the goods and services are to be delivered or provided in accordance with the terms of the contract (place of receipt).

20.2 The law of the Federal Republic of Germany shall apply, without giving effect to the principles of conflict of laws. The United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods or other conventions shall not apply.

20.3 If the Contractor is a businessman, the exclusive place of jurisdiction is Frankfurt am Main. The place of jurisdiction for all disputes involving trade secrets shall be the exclusive place of jurisdiction of the defendant.

21 Invalidity, gaps, ancillary agreements, formal requirement

21.1 If any provision of these Conditions is or becomes invalid in whole or in part, the contracts concluded (including orders) shall remain in effect subject to the remaining provisions of these Conditions. In this case, the parties will agree on a settlement that takes into account the interests of both parties and comes closest to the intent. This also applies in the event of a gap or omission.

21.2 Supplementary agreements are not part of these Conditions. Amendments and additional rules shall only be effective if they have been agreed in writing with the Customer. This also applies to agreements concerning the written form.

21.3 Unless a stricter written form requirement is expressly laid down in these Conditions, the text form (e.g. email or fax, etc.) shall meet with the written form requirement.



General Terms and Conditions of Purchase and Order

B. Special Part		any number of copies of the Documentation for the use of the Software or Hardware.
I. Rental/purchase of standard software, hardware, software maintenance and/or hardware maintenance	2.5	If the Contractor is responsible for (i) the production of individual Software, (ii) the installation, implementation, processing and/or parameterisation of Software on the client's hardware, or (iii) the set-up, installation or production of the technical availability of the Hardware, the provisions of Special Part B, Section II shall apply to this extent in respect of works. The same applies in the event that the Customer entrusts the Contractor with an extension program to supplement and adapt the Software in a user-specific manner.
1. Applicability		
1.1		The conditions of this Special Part B, Section I shall apply to the purchase or rental of standard software and/or hardware (including embedded firmware), as well as the maintenance and servicing of software and/or hardware by the Contractor.
1.2		If the object of the agreement by the parties is software which is specifically developed or adapted by the Contractor according to the Customer's specifications (known as individual software), the provisions of Special Part B, Section II shall apply in this respect in addition to the general provisions of General Part A in respect of works.
2. Subject matter of contract, rental/purchase of software and/or hardware	3. Subject matter of contract, Software maintenance and/or Hardware maintenance	
2.1		The relevant subject matter of the contract in the context of this Special Part B, Section I depends on the order.
2.2		In the case of a software purchase or a software rental, the Customer acquires from the Contractor, for consideration, the permanent or time-limited rights of use specified in Paragraph 4 for the software mentioned in the order, which it does not manufacture or modify for the Customer, otherwise known as standard software (hereinafter referred to as "Software").
2.3		In the event of a hardware purchase, the Customer shall acquire from the Contractor the ownership of the devices and components specified in the order (hereinafter referred to as "Hardware"). If, on the other hand, the parties have agreed on a Hardware rental, the object of the contract is to provide the Hardware for payment. In any case, the Hardware must be delivered or provided in new condition and may not contain any revised components (e.g. from returns).
2.4		In all the cases referred to in Paragraphs 2.2 and 2.3 (Software purchase/rental, Hardware purchase/rental), the Contractor shall have the following obligations vis-à-vis the Customer:
		<ul style="list-style-type: none">• to provide all manuals, user guides and other documentation (hereinafter referred to as "Documentation") which allows users to use the Software or Hardware as intended without further training etc.• to make the Documentation available in either German or English in electronic, printable form on a conventional medium at the Customer's discretion. The Documentation shall include all documents required for installation, operation and maintenance and shall be such that the Software or Hardware (and, where appropriate, firmware) can be fully operated by the Customer's staff. The Documentation shall include in particular the user manual, product information and the installation manual. The Customer is permitted to make or have made
	3.1	If agreed between the parties, the Contractor shall take over for the Customer the maintenance of the Software specified in the respective contract (hereinafter referred to as "Software Maintenance") and/or the maintenance of the Hardware specified in the respective contract (hereinafter referred to as "Hardware Maintenance").
	3.2	Subject to different agreements in the respective contract, the Contractor shall provide the following Software Maintenance services: <ul style="list-style-type: none">• debugging;• advisory services;• delivery of new versions of the program (releases, patches, security patches, updates and upgrades); and/or the following Hardware Maintenance services: <ul style="list-style-type: none">• maintenance of the Hardware by taking regular measures to maintain its operational readiness, in particular by conducting inspections;• the repair of the Hardware by the removal of any disturbances,• advisory services.
	3.3	The Contractor shall offer Software Maintenance and Hardware Maintenance for a reasonable period of time (at least 3 years) from delivery or acceptance of the Software at market conditions and shall inform the Customer immediately if it plans to discontinue Software or Hardware Maintenance.
	3.4	If the right of use of the Software is transferred in the event of the sale or merger of an enterprise affiliated with the Customer currently and in the future under Section 15 et seq. of the Stock Corporation Act [Aktiengesetz] (hereinafter referred to as a "Group Company") or of a business division of a Group Company in accordance with Paragraph 4.2 (d) of this Special Part B, Section II to a buyer/successor, and if the Contractor is required to provide maintenance of this Software, the Contractor shall, at the request of the Customer, be obliged to provide the maintenance services to the Customer for a reasonable period of time from the date of the discontinuation of the respective Group Company or the business division of the respective Group Company for the buyer/successor.



General Terms and Conditions of Purchase and Order

- 4. Rights of use of (standard) Software, data and databases**
- 4.1 The Contractor shall grant the Customer the right to use the Software, including the Documentation, for the intended purpose, in particular for Group Companies.
- (c) In the case of Software purchase, the right of use shall be transferable and unlimited in terms of time and transferable.
- (d) In the case of a Software rental, the right of use shall be limited to the duration of the contract and transferable during the duration of the contract.
The right to use the Software shall be non-exclusive, irrevocable and unlimited in terms of content and space, and shall be already covered by the remuneration.
- 4.2 The rights of use granted by the Contractor shall include in particular the following rights, which relate to the Documentation in addition to the Software:
- (g) the right to reproduce the Software for its intended use, in particular to store, install, process and run it on IT systems,
- (h) the right to use the Software automatically through other software or robots (robotic process automation (RPA)),
- (i) the right to transfer rights of use to Group Companies, or to sublicense them to Group Companies, to the extent that the Customer is entitled to use them itself. The sublicensing or transfer of rights of use to Group Companies does not require separate consent from the Contractor,
- (j) the right to transfer to the acquirer the rights to use the Software in the event of the sale of a Group Company or part of a Group Company without the consent of the Contractor;
- (k) the right to grant third parties the right to use the software for the purposes of the Customer or a Group Company (third parties in this respect are in particular, or are not exclusively: advisers; freelancers; temporary agency workers; clients of the Customer or of a Group Company that use the Software to conduct banking transactions with the Customer or a Group Company);
- (l) the right of use/access by or for IT service providers (e.g. service providers, host providers) mandated by the Customer or a Group Company to host, operate, manage or provide other outsourced services (e.g. data centre outsourcing, provision of the Software in the form of the application service providing (ASP) model, cloud computing).
- 4.3 The granting of rights in accordance with the above Paragraphs 4.1 and 4.2 expressly includes the rights of use for previously unknown uses, provided that the legal right of withdrawal of the author in these cases remains unaffected.
- 4.4 The rights to any data generated by the use of the Software or processed or used in the use of the Software shall remain with the Customer or the Group Company without prejudice to the rights of any data subject within the meaning of data protection law. All rights to any work results which may be legally protected as created by the Customer or the Group Company using the Software are the sole responsibility of the Customer or the Group Company. This applies in particular to any databases and/or databases.
- 4.5 The above provisions shall apply mutatis mutandis to any embedded firmware under a contract for the purchase or rental of hardware. Firmware means both the operating software and the basic software of a hardware (e.g. BIOS) which is necessary to load and operate the operating system core of the actual operating system.
- 5. Warranty, defects in performance**
- 5.1 In the case of a Software or Hardware rental, the legal regulations on defects apply. If the parties have agreed to purchase Software or Hardware, Paragraph 9 of General Part A (Warranty, self-help, suspension of limitation periods) and Paragraph 16 of General Part A (Freedom from third-party rights) shall apply.
- 5.2 In the case of a contract for the provision of Software Maintenance or Hardware Maintenance services, Paragraph 4.2 of Section II of this Special Part B (Qualitative defects in performance in the context of services) shall apply, insofar as the respective contract services are classified as service contracts. To the extent that the Software Maintenance and Hardware Maintenance services are to be classified as performance contracts, Paragraph 3.2 of Section II of this Special Part B (Defects in work performance) shall apply.
- 6. Software delivery**
- 6.1 In the case of a Software purchase or a Software rental, the Contractor will either send the Software to the place of delivery designated by the contract on a standard medium or make it available to the Customer for retrieval via the internet (download).
- 6.2 In the case of physical dispatch of the Software, the agreed remuneration shall include the delivery of the Software to the shipping address, including packaging and transport insurance, as specified by the Customer (debt payable to the creditor). If agreed otherwise, the Contractor shall charge packing and transport at cost price.
- 7. Payment deadlines for Software and/or Hardware rental**
- In the case of a lease of Software and/or Hardware, the fees due by the Customer for the provision of the Software and/or Hardware shall be payable after the end of the period for which it is calculated, unless otherwise agreed in the respective contract.



General Terms and Conditions of Purchase and Order

- 8. Delivery of new versions of the program**
- by the Customer. Insofar as the Contractor has retained data of the Customer, this data shall also be completely and definitively deleted.
- 8.1 The provisions of this Paragraph 8 apply only in the case of a Software rental and/or Software Maintenance contract.
- 10.4 The Contractor may waive the return and demand the deletion of the Software and the destruction of the Documentation.
- 8.2 The Contractor shall inform the Customer in writing (also by fax or email) of the availability of a new release of the Software without prior notice and without delay and make it available to the Customer at its request. A new release is a new development level of the Software that differs significantly from the previous development level in the functional and/or data spectrum (e.g. change of version number from version 4.5.7 to 5.0.0).
- 10.5 In the case of a contract for the rental of Software and/or Hardware, and in the case of a Software Maintenance and/or Hardware Maintenance contract, the Customer may, in the case of termination of the contract, require the Contractor, irrespective of the underlying reason for termination, to continue to provide the contractually agreed service under the applicable contractual terms for an appropriate transitional period after the end of the contract.
- 8.3 For updates and upgrades:
- 8.3.1 The Contractor shall offer the Customer new versions of the Software without new functionality (hereinafter referred to as "Updates") and new versions of the Software with additional functionality (hereinafter referred to as "Upgrades") as soon as they are available.
- 11. Hotline, ticket system, maintenance documentation (Software and Hardware Maintenance only)**
- 11.1 The provisions of this Paragraph 11 apply only in the case of a Software Maintenance and/or Hardware Maintenance contract.
- 8.3.2 For new releases, Updates and Upgrades of the Software (collectively referred to as "New Program Versions"), the Contractor grants the Customer the right to use the Software to the extent that the Customer was entitled to use the Software originally provided under the respective software licence agreement and any extension of the rights of use. The regulations on duties of reprimand and rights of defect agreed upon by the parties with regard to the Software to be maintained shall apply accordingly.
- 11.2 The Contractor shall set up a toll-free telephone number, under which the Customer may contact the Contractor on working days (every day of a week from Monday to Saturday, excluding national holidays) during the service periods agreed in the respective contract and inquire about error or defect remediation measures in accordance with the following paragraphs. The Contractor shall ensure that hotline callers are connected to an expert staff member no later than the waiting time agreed in the respective contract.
- 8.3.3 The Customer is entitled to make and retain copies of older versions of the Software in order to be able to restore them in the event of serious defects in new versions of the program.
- 11.3 All messages, whether received by telephone, in writing or by email, are documented and ticketed by the Contractor, including the complete history of processing and the relevant response and error elimination deadlines, in a help desk system. Open and closed tickets shall be available for the Customer to access online in the help desk system during the contract period. In addition, the Contractor shall report to the Customer on the open and closed tickets of the previous month in an appropriate format, as specified by the Customer on a monthly basis.
- 8.3.4 The Contractor undertakes to make the necessary changes to the Documentation and to make it available to the Customer.
- 9. Backup copies**
- If the Customer is granted rights of use to Software, the Customer is entitled to make copies of the Software to the extent necessary for security purposes. Reproduction of the Software for proper data protection is part of the intended use.
- 11.4 In the context of Hardware Maintenance, the performance of maintenance operations shall be documented by the Contractor and shall include in particular the following information:
- (a) the exact name of the Hardware concerned (type/number/model),
- (b) description of the relevant maintenance measures,
- (c) start and duration of maintenance measures.
- 10. Return and deletion obligation, exit management**
- 10.1 The provisions contained in the following Paragraphs 10.2 to 10.4 shall apply only in the case of a contract for the rental of Software and/or Hardware.
- 10.2 In the event of termination of the contract, the Customer shall be obliged to return all original media of any Software made available and/or Hardware, including the Documentation provided to it.
- 10.3 Proper return shall also include the complete and definitive deletion of any copies which may be held
- 11.5 The documentation referred to in Paragraph 11.4 shall be signed by an authorised agent of the Customer. The signed documentation shall be binding on both parties, in particular with regard to the dates signed.



General Terms and Conditions of Purchase and Order

12. Troubleshooting (Software maintenance)	12.9	If defects are not remedied by the Contractor within the respective remedy period or are not remedied in such a way that the Software can be used for its intended purpose, the Customer shall be entitled, after prior notification to the Contractor, to either rectify the error itself or order a third party to rectify the error. The costs incurred in this connection shall be borne by the Contractor, unless the Contractor is not responsible for the non-rectification or incorrect rectification of the error. Further statutory claims of the Customer remain unaffected. In particular, the Customer is entitled in this case to terminate the contract without notice in accordance with the General Part, Paragraph 3 (Right of extraordinary termination).
12.1 The provisions of this Paragraph 12 apply only in the case of a Software Maintenance contract.		
12.2 The Customer or a third party commissioned by the Customer shall, at the choice of the Customer or the third party appointed by the Customer, notify the Contractor in text form or by telephone, specifying in the most precise manner possible the program component concerned, the entries made, the current system environment and the reaction of the Software.		
12.3 The Contractor is obliged to respond to error messages within the response times agreed in the respective contract and to inform the Customer of the preliminary error analysis and possible circumvention steps for immediate aid; the Contractor must also provide the Customer with an assessment of how and within what period the error can be expected to be remedied. Three categories of errors have been defined: Category 1 (serious error), Category 2 (medium error) and Category 3 (slight error).	12.10	If a remote maintenance with direct access to the Customer's computer system (including Group Companies, if any) is agreed between the parties, the Contractor will accept and use the access methods, security measures, etc. defined by the Customer.
12.4 The classification of an error into the error categories in Paragraph 12.3 is based on the following principles:	13. Repair, troubleshooting (Hardware maintenance)	
(a) A "serious error" occurs when an important functionality of a program component or system is seriously disrupted and/or a security gap occurs to such an extent that the essential functionality or overall system cannot be used, or can only be used with unreasonable effort.	13.1	The provisions of this Paragraph 13 apply only in the case of a Hardware Maintenance contract.
(b) A "medium error" occurs when a program component's functionality is impaired, but the overall system can still be used otherwise, without undue effort being required in day-to-day business operations to circumvent the error.	13.2	The Customer or a third party acting on its behalf must notify the Contractor in writing or by telephone, at the choice of the Customer or the third party to which the task has been delegated, of any disruptions, specifying in the most precise manner possible the Hardware concerned and the information relevant for the purpose of troubleshooting.
(c) A "slight error" occurs when an error does not have a significant effect on the functionality of a program component (e.g. affects only the layout), so that the program component and the overall system can be used as intended.	13.3	The Contractor is obliged to respond to disruption messages within the response times agreed in the contract in question and to inform the Customer about the preliminary disruption analysis and possible circumvention steps for immediate aid; the Contractor must also provide the Customer with an assessment of how and within what time period the disruption can be expected to be remedied. Three categories of disruptions have been defined: Category 1 (serious disruption), Category 2 (medium disruption) and Category 3 (slight disruption).
12.5 The assignment of a defect to the above-mentioned error categories shall be made at reasonable discretion by the Customer.	13.4	The classification of an error into the disruption categories in Paragraph 13.3 is based on the following principles:
12.6 The response time is calculated from the receipt of the error message within the service time and runs during service hours.		(a) A "serious disruption" occurs when the disruption makes the use of the Hardware impossible or allows it only with severe limitations.
12.7 The Contractor shall be obliged to remedy errors within the periods agreed in the respective contract. The remedy time is calculated from the receipt of the error message within the service time and runs during service hours.		(b) A "medium disruption" occurs when the disruption restricts the use of the Hardware more than insignificantly without a serious disruption.
12.8 Exceptionally, if troubleshooting is possible only with disproportionate and unreasonable effort, the Contractor shall be entitled to provide a replacement solution acceptable to the Customer, provided that the latter restores the full functionality of the Software.		(c) A "slight disruption" occurs when the disruption only marginally restricts the use of the Hardware.
		The assignment of a disruption to the above-mentioned disruption categories shall be made at the discretion of the Customer.



General Terms and Conditions of Purchase and Order

- 13.5 The response time is calculated from the receipt of the disruption message within the service time and runs during service hours. contracts, including those relating to the creation of individual software and consulting services.
- 13.6 The Contractor shall be obliged to eliminate any disruptions within the periods agreed in the respective contract. **2. Subject matter of the contract**
- 13.7 The remedy time is calculated from the receipt of the disruption message within the service time and runs during service hours. 2.1 If the Customer has instructed the Contractor to produce a work, it is a performance contract.
- 13.8 If the Contractor does not remedy the disruption within the remedy period or does not remedy the disruption in such a way that the Hardware can be used according to its intended purpose, the Customer shall be entitled, after prior notification to the Contractor, to either remedy the disruption itself or to instruct a third party to remedy the disruption. The costs incurred in this connection shall be borne by the Contractor, unless the Contractor is not responsible for the non-remediation or incorrect remediation of the disruption. Further statutory claims of the Customer remain unaffected. In particular, in this case, the Customer is entitled to terminate the contract without notice in accordance with General Part 3 (Right of extraordinary termination). 2.2 If the Contractor owes the provision of services without any particular success being due, it is a service contract.
- 2.3 The subject matter and scope of the service due are determined by the contract in question.
- 3. Special provisions for performance contracts**
- 3.1 Acceptance of works**
- 3.1.1 Unless otherwise agreed in the contract, the following provisions of this Paragraph 3 shall apply for acceptance.
- 3.1.2 The Contractor has checked the work and made it available by the agreed deadline. The Customer shall be entitled to check whether the work is defective. The Contractor shall, on request, assist the Customer in the inspection and, if necessary, the performance of tests.
- 3.1.3 After successful completion of the inspection (e.g. by way of a test), the Customer is obliged to accept the work if no defects have been found. The Customer shall declare acceptance in writing; any defects found shall be documented.
- 3.1.4 In the event of a declared acceptance, defects which do not significantly affect the acceptance shall be remedied by the Contractor without undue delay within the scope of the warranty. The same applies to defects that are found after acceptance.
- 3.1.5 Unless the Customer makes a decision on acceptance within 6 weeks of the completion of the tests referred to in Paragraph 3.1.3, e.g. refusing acceptance by stating at least one defect, acceptance shall be deemed to have been granted, provided that the Contractor has contacted the Customer in writing after the completion of the tests to demand a declaration of acceptance and has indicated the consequences of non-declaration.
- 14. Advisory services**
- 14.1 The provisions of this Paragraph 14 apply only in the case of a Software Maintenance and/or Hardware Maintenance contract.
- 14.2 The Contractor shall be obliged to advise and support the Customer in the event of any application problems and malfunctions in connection with the Software and/or the Hardware by answering questions promptly by telephone, email or fax. The Contractor shall make these services available on all working days agreed in the order. For the purposes of this paragraph, working days are every day of a week from Monday to Saturday, excluding national holidays.
- 15. Place of performance**
- If the services cannot be provided by remote maintenance or should not be provided by remote maintenance according to the respective agreement, the Contractor shall provide the maintenance and maintenance services on site at the respective installation location of the Software or Hardware and according to Deutsche Bank policies and instructions (General Part, Paragraph 18.6). The Contractor shall only be entitled to charge the Customer a separate fee for on-site services if the contract is concluded separately. In any event, the Contractor shall, before any such additional services are commenced, state in writing the maximum costs incurred.
- II. Service and performance contract services (including those for the creation of individual software and consulting services)**
- 1. Applicability**
- The provisions of this Special Part B, Section II shall apply to all service and performance



General Terms and Conditions of Purchase and Order

- 4. Special arrangements for service contracts**
- 4.1 Provision of services, registration of services and remuneration**
- 4.1.1 The Contractor shall be responsible for the organisation and execution of the services it is required to provide. In particular, the Contractor shall be solely responsible for the selection and organisation of its staff and shall remain exclusively entitled to issue instructions. Information on the Customer's business operations that is relevant for the performance of the service shall be communicated to the Contractor, which shall take into account the interests of the Customer. However, the Customer reserves the right to arrange for the Contractor to replace an employee for objective reasons.
- 4.1.2 The services provided by the Contractor shall be billed monthly at cost. No instalments or partial payments shall be made.
- 4.1.3 The total order value of the respective order shall be considered as the maximum limit and shall not be exceeded. The Contractor shall not be entitled to exhaust agreed budgets. If it appears that agreed budgets are exceeded, the Contractor shall notify the Customer in writing without delay. The services shall be discontinued upon reaching the budget limits, unless the Customer provides written instructions to the contrary.
- 4.1.4 The Contractor shall draw up a record of activities which shall be submitted to the Customer for verification without delay, signed by the Customer and attached by the Contractor to the invoice.
- 4.1.5 Signing the record of activities or releasing the record in the respective time recording system does not constitute recognition of the correctness or quality of the performance.
- 4.1.6 Services for which no record of activities signed by the Customer or no other proof of activity exist – in particular IT-based, approved time recording or proof of activity – shall be deemed not to have been provided and shall therefore not trigger any payment obligation on the part of the Customer.
- 4.1.7 Unless otherwise agreed in the respective contract, the remuneration of the services shall be on a daily basis; one daily rate shall be at least 8 hours per calendar day. Break times are not remunerated. Hours underworked are remunerated proportionately. Hours overworked are not remunerated. A transfer of hours to other calendar days is not allowed.
- 4.1.8 Only services within the mandated performance period will be billed.
- 4.2 Qualitative defects in performance in the context of services**
- 4.2.1 If the services are not provided by the Contractor in accordance with the contract and the Contractor is responsible for this, it shall be obliged to perform the respective services for the Customer in accordance with the contract within a reasonable period of time, without additional costs. A reprimand by the Customer, which must be made without delay, is required no later than 6 weeks after becoming aware of the non-contractual performance of the service.
- 4.2.2 If the contractual performance of the service cannot be achieved in substantial parts for reasons for which the Contractor is responsible, even within a reasonable period of grace to be expressly set by the Customer, the Customer shall be entitled to terminate the contract without notice in accordance with General Part, Paragraph 3 (Right of extraordinary termination). In this case, the Contractor shall be entitled to compensation for the services provided under the contract until the termination takes effect. The remuneration shall be waived only in respect of services for which the Customer proves that they are not, or cannot otherwise be, used by the Customer and that they are not of interest.
- 4.2.3 Further claims of the Customer in accordance with the relevant legal provisions remain unaffected.
- 5. Rights of use in favour of the Customer in connection with services or works, final product documentation, source code, open source**
- 5.1 Subject to the following Paragraph 5.2, the Contractor grants the Customer the rights provided for in Paragraph 15 (rights of use) of the General Part of these Conditions in respect of the Development Results produced in the framework of services or works.
- 5.2 If the Development Result consists in the creation of individual software, the provisions of the following Paragraphs 5.3 and 5.4 shall apply to the granting of rights by way of derogation from Paragraphs 15.1 and 15.2 of the General Part of these Conditions. In addition, the provisions of Paragraphs 5.5 and 5.6 below shall apply. Paragraphs 15.3 and 15.4 of the General Part of these Conditions shall remain unaffected.
- 5.3 The Contractor grants the Customer exclusive rights of use of the Development Result which are already covered by the remuneration, are irrevocable, are unlimited in terms of content, space and time, are sublicensable and are transferable.
- 5.4 The rights of use of the Development Result as granted by the Contractor to the Customer shall include in particular the following rights:
- (a) the permanent or temporary reproduction of the Development Result, in whole or in part, by any means and in any form, in particular as regards the loading, displaying, operating, transferring or storing the Development Result;
 - (b) the translation, editing, arrangement and other revisions of the Development Result, including the right to reproduce the results obtained;
 - (c) the right to distribute the original or copies of the Development Result in any form, including the right to rent out the development result;
 - (d) the right to publicly reproduce the Development Result, whether by wire or



General Terms and Conditions of Purchase and Order

wireless means, including the right to make it available to members of the public from anywhere and at times of their choice;

(e) the right of use/access by or for IT service providers (e.g. service providers, host providers) mandated by the Customer or a Group Company to host, operate, manage or provide other services (e.g. data centre services, provision of use in the form of the application service providing (ASP) model; cloud computing) for the Customer or a Group Company.

5.5 . The Contractor shall inform the Customer in advance about the use of open source software to create the Development Results; the provisions of the General Part of these Conditions Paragraph 16 shall apply, particularly Paragraph 16.5 (Open Source Software).

5.6 The Contractor shall give the source code of the Development Result to the Customer in full after acceptance. The source code includes not only the pure program code, but also a detailed description and explanatory program documentation. It shall have a scope sufficient to understand the structure and operation of the program after a reasonable period of training.

5.7 At the Customer's request, the Contractor shall be obliged – by way of deviation from Paragraph 5.6 – to submit the source code for the Software and any updates to an independent third party in a format that allows the Customer access to the source code in the event that debt recovery proceedings are enforced against the Software, in the event that insolvency proceedings or similar proceedings abroad are opened against the assets of the Contractor, in the event that the opening of such proceedings is refused due to lack of available assets or in the event that the Contractor loses actual or legal power of disposition over the Software in any other way.

6. Use of funds provided and Customer's rights of use

6.1 All technical resources made available by the Customer (e.g. hardware, programs, data transmission capacities and other infrastructure resources) and all personnel support may be used only in the interests of the Customer and according to the instructions of the Customer.

6.2 Duplication and/or dissemination of programs and/or data provided by the Customer on the Contractors' computers and/or systems shall require the prior written consent of the Customer, and such duplication and dissemination shall be carried out in strict accordance with the instructions of the Customer. The same applies to the transfer of a program by the Contractor to one of the computers of the Customer. The Customer shall be entitled to use certain control processes through IT solutions or other methods to ensure that the technical resources and other facilities provided by the Customer are not used for purposes other than the services of the Customer.

6.3 In the event of misuse of the funds made available by the Customer, the Contractor shall be liable for

any loss or damage incurred by the Customer as a result of third parties claiming damages for unauthorised use and for any other costs incurred by the Customer as a result of the misuse.

III. Construction and architectural services

1. Applicability

The provisions of this Special Part B, Section III shall apply to the commissioning of architects and engineers according to the Ordinance on Architects' and Engineers' Fees [Honorarordnung für Architekten und Ingenieure] (HOAI) and construction services according to the Construction Tendering and Contract Regulations [Vergabe und Vertragsordnung für Bauleistungen] (VOB) Part B and C.

2. Subject matter of the contract

The object of the contract is the construction and architectural services specified in the contract and transferred to the Contractor for full performance, including the ancillary services required for this purpose.

3. Basis of service provision

The performance of the transferred works shall be carried out exclusively on the basis of the relevant legal provisions in accordance with HOAI and VOB Part B and C, as well as this Special Part B, Section III and Paragraphs 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 and 18 of General Part A of these Conditions, unless otherwise agreed in an individual contract.

4. Rights of use

4.1 The Contractor shall transfer to the Customer the exclusive right of use, which is unlimited in time and geographically, in respect of the copyright-protected services and work results provided by the Contractor, in particular the planning services specified in the order. This includes the right to process.

4.2 The above transfer of rights of use includes in particular the right of the Customer to reproduce the services and results of the work, in whole or in part, including the erection of the construction measure agreed upon under the order. It also includes the right to publish, disseminate and publicly reproduce, in whole or in part, the services and results of work, including the construction or reproduction thereof; in particular, said right includes making them publicly available and broadcasting them.

4.3 The rights of use shall also include the right of the Customer to make or have carried out modifications and revisions to the services and results of the work and the construction work carried out on the basis thereof, including additions, conversions, alterations, extensions, modifications of use, repairs and modernisations, provided that this does not imply any termination of the work and is reasonable for the Contractor, taking into account the interests of the authors and owners.



General Terms and Conditions of Purchase and Order

- 4.4 The Customer shall be entitled to transfer all or part of the rights of use to third parties, to exercise them and have them exercised by third parties and to grant further rights of use to third parties. (ii) replace such Personnel with individuals who meet the requirements of clause 1.1.1.
- 4.5 The remuneration agreed upon in the order shall cover all claims of the Contractor in connection with the preceding transfer of title.
- 4.6 If the Contractor's services do not enjoy copyright protection, the Customer may use and modify the Contractor's planning for the construction activity mentioned in the order without the Contractor's involvement. The same applies to works performed.
- 4.7 The above provisions shall not be affected by termination of the respective contract. In the event of termination of the respective contract, for whatever reason, the transfer of the right of use shall include the results of the work and the services created by the Contractor until the date of termination.
- 1.2. Contractor shall co-operate with the relevant Customer Group Member in relation to any alleged, threatened or actual claims or investigations relating to the matters set out in this clause, and to provide any information reasonably requested by the relevant Customer Group Member where, as a result of Contractor identifying such Personnel, the relevant Customer Group Member determines that it has an obligation to determine whether income tax, national insurance contribution or any other deductions ought to have been made to any payments to Personnel.
- 1.3. Contractor shall be fully responsible for and shall indemnify Customer and / or any Customer Group Member for and in respect of the following:

C Special Legal Requirements – Jurisdiction

1. UK TAX COMPLIANCE

- 1.1. For the purposes of complying with tax legislation in the United Kingdom, Contractor shall ensure that it and any Contractor Group Members providing Services under any of the Relevant Agreements using Personnel who are tax resident in the UK or physically present in the UK when they are providing the Services shall:
- 1.1.1. be engaged either under a contract of employment or engaged on a PAYE Contract with the Contractor, a Contractor Group Member or, if any of the Services are being provided by a Subcontractor or Permitted Assignee, be employed or engaged on a PAYE Contract by that Subcontractor or Permitted Assignee;
- 1.1.2. undertake an annual assessment of the Personnel providing the Services to Customer or any Customer Group Members to confirm that the Personnel meet the requirements of clause 1.1.1; and
- 1.1.3. if, as part of its assessment, Contractor identifies any Personnel who are not under a contract of employment or engaged on a PAYE Contract, then it will promptly:
- (a) notify the relevant Customer Group Member; and
- (b) either:
- (i) engage such Personnel on terms that meet the requirements of clause 1.1.1; or
- 1.3.1. subject to 1.2 any income tax, national insurance, apprenticeship levy and social security contributions and any other liability, deduction, contribution, assessment or claim arising from or made in connection with either the performance of the Services or any payment or benefit received by the Personnel in respect of the Services, where such recovery is not prohibited by law. The Contractor shall further indemnify Customer and / or any Customer Group Member against all reasonable costs, expenses and any penalty, fine or interest incurred or payable by Customer and / or any Customer Group Member in connection with or in consequence of any such liability, deduction, contribution, assessment or claim; and
- 1.3.2. any liability arising from any employment-related claim or any claim based on worker status (including reasonable costs and expenses) brought by the Personnel.
- 1.4. The indemnity in Clause 1.3 does not apply to any income tax or National Insurance contributions deducted by Customer and / or any Customer Group Member if Customer and / or any Customer Group Member makes the deductions from the fees due under the Relevant Agreement prior to payment to Contractor or the relevant Contractor Group Member.
- 1.5. Contractor or any Contractor Group Member may at its option satisfy the indemnities set out in Clause 1.3 (in whole or in part) by way of deduction from payments due to the Contractor or the Contractor Group Member by Customer or a Customer Group Member.
- 1.6. Contractor warrants that neither it, any Contractor Group Member, any subcontractors providing any part of the Services or any permitted assignee is, nor will it become, a managed service company within



General Terms and Conditions of Purchase and Order

the meaning of section 61B of the Income Tax (Earnings and Pensions) Act 2003.

- 1.7. The terms used above shall have the following meanings:
- 1.7.1. **“Customer Group Member”** means Customer and any subsidiary or holding company of Customer or a subsidiary of such holding company from time-to-time (as such terms are defined in section 1159 of the Companies Act 2006);
 - 1.7.2. **“PAYE Contract”** means an employment contract with an employment agency whereby employment income is being paid and subjected to withholding for income tax and national insurance contributions;
 - 1.7.3. **“Personnel”** means each and every one of the directors, officers, employees, consultants and agents of the Contractor, the relevant Contractor Group Member or, if applicable, a subcontractor and any permitted assignees of the foregoing who provide the Services or any part of the Services;
 - 1.7.4. **“Relevant Agreement”** means any agreement in which Customer and / or any Customer Group Members and Contractor and / or any Contractor Group Members have agreed respectively to receive and provide Services, as amended from time to time;
 - 1.7.5. **“Services”** means the services described in orders (including but not limited to, Project Descriptions, Framework Service Descriptions, Statements of Work and/or Call-off Contracts) and the associated provision of deliverables under the Relevant Agreements; and
 - 1.7.6. **“Contractor Group Member”** means Contractor and any subsidiary or holding company of Contractor or a subsidiary of such holding company from time-to-time (as such terms are defined in section 1159 of the Companies Act 2006); and
 - 1.7.7. The term **“Subcontractor or Permitted Assignees”** shall not include the Personnel’s own Managed Service Company or intermediary as those terms are defined in Part 2 of the Income Tax (Earnings and Pensions) Act 2003